

# PROGRESS

MAGAZIN DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT 02/11

[www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

## Getrimmt

Die Disziplin an der Universität Hong Kong

## Grenzenlos

Ursachen der Proteste in Arabien und Nordafrika

## Gebloggt

Der Kampf gegen das Mubarak-Regime

## Gewohnt

Ohne Lobbying geht in Brüssel fast nichts

P.b.b. | Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1040 | GZ02Z03.154.5M | EURO, 73



# Der gekommene Aufstand

Wie sich die sozialen Konflikte weltweit zuspitzen

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)



**Dossier:** DIE PALÄSTE IN SCHUTT UND ASCHE: WIE SICH NORDAFRIKA VON SEINEN DESPOTEN BEFREIT

# Ein Semester gratis lesen.

## PROGRESS-BONUS:

SOMMERSEMESTER	STATT	€ <del>46,40</del>	€ 0,-
SOMMERFERIEN	STATT	€ <del>37,70</del>	€ 0,-
WINTERSEMESTER	STATT	€ <del>49,30</del>	€ 29,90

STATT € ~~133,40~~ **NUR € 29,90**

## DAS HAT FORMAT

Jetzt **FORMAT** im  
Sommersemester gratis  
lesen und bis Ende  
des Wintersemesters\*  
nur 29,90 Euro bezahlen!

Jetzt bestellen: 01/95 55 100  
oder [format.at/progress](http://format.at/progress)



\*Sommersemester: 1.3.–30.6.2011. Für den Zeitraum bis einschließlich 31.1.2012 (Ende WS 2011/12) erhalte ich eine Rechnung über 29,90 Euro. Wenn ich mich nicht 2 Ausgaben vor Ende meines Abos schriftlich melde, möchte ich FORMAT zum jeweils gültigen Studentenjahresabopreis (derzeit 55 Euro) weiterlesen. Zahlungsart Erlagschein: 0,90 Euro Bearbeitungsgebühr. Ersparnis bezieht sich auf den Einzelheftkauf in der Trafik. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten.

## Cover

Die Protestwelle, die in den nordafrikanischen Ländern ihren Ursprung fand, schwappte bald auch auf andere Teile der Welt über. So ließen sich auch in den USA tausende Menschen vom Geist des Aufstands fesseln.

### 4 Klassenkampf reloaded

Proteste finden nicht nur in Nordafrika statt. Hot Spots gibt es am Globus derzeit zahlreich.

### 6 Wir wurschteln uns gerade noch durch

Eliteforscher Michael Hartmann spricht über Aufstände in Großbritannien und den USA.

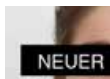
## ÖH

### 8 Das große Studienwahl-Orakel

Das Ministerium will den SchülerInnen bei ihrer Studienwahl künftig unter die Arme greifen.

### 9 Männer, die an ihren eigenen

Stühlen sägen müssen



Die Gleichberechtigung an Österreichs Hochschulen existiert bislang oft nur auf dem Papier.

### 10 Warum in Hong Kong die Uni nicht brennt

Proteste wie im Wiener Audimax wären an der University of Hong Kong nicht denkbar.

### 11 Die Krise der Demokratie?

Eine Ausstellungsrezension der Demokratie-Ausstellung im Kunstforum Niederösterreich.

### 12 Service, das hilft

## Politik

### 14 Teuer bezahlte Meinungen

„Ohne Lobbyismus geht in Brüssel fast nichts“, sagt Expertin Pia Eberhardt.“

### 15 Medien und Macht: Wer kontrolliert wen in Ungarn?

Das ungarische Mediengesetz hat europaweit für Aufsehen gesorgt.

### 16 Mit Kairo und Tripolis fällt auch Dublin



Mit den implodierten arabischen Diktaturen bröckelt auch die EU-Asylpolitik.

## Dossier



Die aktuellen revolutionären Ereignisse in den nordafrikanischen Ländern werden in die Geschichtsbücher eingehen. Was waren die Ursachen? Wer waren die AkteurInnen? Welche Rolle nahm der „Westen“ ein? Welche Perspektiven hält die Zukunft bereit? Das PROGRESS begibt sich auf eine Spurensuche.

### 18 Die Diktaturen brennen

Auf Spurensuche nach den Ursachen für die revolutionären Bewegungen in Nordafrika.

### 20 Die Revolution beginnt jetzt

Der Blogger Mahmood Salem über die Umwälzungen in Ägypten

### 22 Nordafrika

Die nordafrikanischen Gesellschaften haben eine lange Geschichte des Widerstands.

### 23 It's the Economy, Stupid

Der Westen reagiert zurückhaltend auf die Proteste – er ist von der Region wirtschaftlich abhängig.

## Feuilleton

### 26 Hand in Hand den ersten Schritt

In Kairo kämpfte die ägyptische Bevölkerung gemeinsam gegen Unterdrückung.

### 27 Todesursache Whisky

Der walisische Poet Dylan Thomas gibt sich dem Alkohol hin. Eine Theaterbesprechung.

### 28 Nicht mehr in Worten denken



Laut Jeremy Caplan ist der digitale Journalismus die Zukunft der Medienbranche.

### 29 Buch-Rezension: Thomas Bernhard schtirbt.

„Der Wahrheit auf der Spur“ sammelt Öffentlichkeitsauftritte des verstorbenen Autors.

### 30 Warum Angst haben vor dem arabischen revolutionären Geist?

Gastkommentar von Slavoj Žižek über die scheinheilige Reaktion westlicher Liberaler.

# Editorial

## Liebe Leserin, Lieber Leser!

Als in Japan die Apokalypse ausbrach, war dieses Heft de facto in der Druckerei. Wäre dem nicht so gewesen, hätten wir ein Pamphlet wider den kriminell-verantwortungslosen HandlangerInnen der Atomindustrie abgedruckt. Stattdessen findet ihr aber Folgendes im Heft:

Martina Burtscher, die rasende Ägypten-Reporterin, bereits mehrmals das Ass im PROGRESS-Ärmel, lieferte uns ein Interview und eine Reportage aus Kairo. Der Fotograf Gianmaria Gava fotografierte in Tunesien die geplünderten Villen der Herrschaft für die Dossier-Fotostrecke.

Auch über Nordafrika hinaus waren unsere Leute in der ganzen Welt unterwegs: Thomas Schmidinger, zurzeit Research Fellow in Minnesota, analysiert die Hintergründe der Aufstände im arabischen Raum, Katie Binns, eine britische Journalistin mit österreichischen Wurzeln, berichtet aus London über die Studierendenproteste und für die Seite 30 konnten wir einen sehr prominenten Gastautoren aus Slowenien gewinnen – seht am besten selbst! Der letzte Feinschliff an den Texten wurde in Paris und Wien durchgeführt.

Bei soviel Internationalität bleibt uns nur zu sagen:

Viel Spaß beim Lesen!

Eure PROGRESS-Redaktion

## IMPRESSUM

**PROGRESS** – Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 2/2011, Erscheinungsmonat: März

**Medieninhaberin:** Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

**HerausgeberInnen:** Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruß

**ChefInnenredaktion:** Georg Sattelberger, Ann-Kathrin Slupek, Wolfgang Zwander

**RedakteurInnen dieser Ausgabe:** P. Aigner, T. Aigner, K. Binns, C. Brandtner, M. Burtscher, L. Eichberger, A. Ellmer, A. Fanta, N. Hofmüller, E. Maltznig, M. Müller, M. Powell, C. Rüdiger, N. Reichart, V. Reiß, T. Schmidinger, K. Spielmann, L. Weiland, S. Žižek

**Blattlinie:** Die Meinungen der RedakteurInnen

**Lektorat:** A. Ellmer, M. Weissinger

**Layout:** T. Jenni, J. Kolda

**Cover-Fotos:** D. Novotny, **Dossier-Cover:** G. Gava, **Resortcover-Fotos:** J. Kolda,

**Inserate:** Öffentlichkeitsreferat, presse@oeh.ac.at

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktions Sitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

**Gratis-Abo anfordern!** [www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

**Telefon:** 01/310 88 80-61

**E-Mail:** [progress@oeh.ac.at](mailto:progress@oeh.ac.at)

**Web:** [www.progress-magazin.at](http://www.progress-magazin.at)

**Auflage:** 120.000 Stück

**Druck:** Leykam, Neudörfel

# Klassenkampf reloaded

**In Nordafrika stürzen die Regime, in London herrscht Ausnahmezustand, in den USA bringen DemonstrantInnen eine Stadt unter ihre Kontrolle. Drei Schauplätze, ein Kampf: Der Mittelstand ringt um die Macht.**

LOUIS WEILAND

Wer hätte das zu Jahresbeginn gedacht? 2011 wird in die Chroniken der Menschheitsgeschichte eingehen als großes Revolutionsjahr, vergleichbar mit epochalen Daten wie 1848, als Europas BürgerInnen gegen die Restauration auf die Barrikaden stiegen.

Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten sind Ereignisse von weltbewegender Dimension, weil sie eine neue Ära verheißen für den gesamten arabischen Raum, dem eine Schlüsselrolle in der Weltpolitik zukommt. Was die Umwälzungen in Ägypten, der traditionellen Vormacht der arabischen Staaten, noch auslösen werden, kann niemand wissen. Sicher ist: Für jede arabische Regierung wird es in Zukunft viel schwieriger werden, als Statthalterin westlicher Interessen aufzutreten und Politik gegen das eigene Volk zu machen. PolitikerInnen aus der EU und den USA mögen sich im Nachhinein noch so sehr auf die Seite der RevolutionärInnen stellen und sich echauffieren, Mubarak und Ben Ali seien Bastarde gewesen. Die NordafrikanerInnen werden nicht vergessen: Sie waren „unsere“ Bastarde, Mafiabosse im Dienst des Westens.

**Pharaonen und Mafiabosse.** Ihre Gangster-Regime sind gefallen, weil sie den jungen Menschen keine Chancen, keine glaubhaften Versprechen mehr anbieten konnten. Es waren nicht die verarmten Massen und die alten Seilschaften der Muslimbrüder, die die Diktatoren verjagten. Das Rückgrat des Aufstands bildete eine junge Generation von IngenieurInnen, IT-Fachleuten, FreiberuflerInnen, Fußballfans und auch Nachwuchsmitgliedern

der Muslimbrüder, die damit gegen die Linie der Führungsgarde der Islamisten handelten. Gemeinsam war ihnen allen die Angst, durch die globale Finanzkrise aus der Mittelschicht in die Armut gestoßen zu werden.

Rechte ApologetInnen predigen, die Umwälzungen in Nordafrika seien ein Beweis für den Siegeszug der neoliberalen Demokratie. Aber die MarktschreierInnen sollten sich mal anhören, an wen die protestierende Masse am Tahrir-Platz in Kairo ihre Solidaritätsadressen richtet. Sie unterstützen die protestierenden StudentInnen in London und die linken ParlamentsbesetzerInnen in Wisconsin in den USA. Die einen wie die anderen betrachten sich als Verbündete im Kampf gegen eine neoliberale Politik, die schließlich der Grund war, warum die Pharaonen vulgo Mafiabosse in Ägypten und Tunesien vom Thron kippten.

**Schlägertrupps gegen DissidentInnen.** In unseren Tagen zeigt sich der subversive Weltgeist als Globalisierungsgewinnler. Mit Argusaugen mussten die Herrschenden der Welt sehen: Nicht nur Geld und Kapital jagen per Mausclick um den Erdball, sondern auch Aufstand und Umsturz eilen per Breitband und Satellit um die immer flacher werdende Welt.

Wenn in Tunesien und Ägypten die Diktatoren stürzen, müssen die verbleibenden Autokraten in Europa, Asien und Afrika vor dem Funkenschlag der Revolution zittern. Sogar die mächtigen Bonzen im Politbüro der Kommunistischen Partei Chinas zeigen dann Nerven, versetzen den Geheimdienst in höchste Alarmbereitschaft und hetzen zivile Schlägertrupps auf DissidentInnen.

Auch im Westen spürt man den Wind of Change. In London gingen hunderttausend Studierende auf die Straße, um gegen die Bildungspolitik der konservativen Regierung zu protestieren. Die Stadt befand sich über eine Woche in einer Art Ausnahmezustand. Polizeihubschrauber patrouillierten über den Dächern der Finanzmetropole, Panzerfahrzeuge und hochgerüstete Robocops, ausgestattet mit ungesicherten Automatikwaffen, bewachten die Regierungsviertel und riegelten die City ab.

In Griechenland, dessen Hauptstadt Athen die höchste Porsche-Cayenne-Dichte aller europäischen Metropolen haben soll, ist es in den vergangenen Wochen einmal mehr zu schweren Ausschreitungen gekommen. Kleine Geschäftslokale wurden geplündert und danach ausgebrannt, es gab Dutzende Verletzte. Unseren Medien waren die anarchischen Tumulte – wenn überhaupt – nur noch eine Randnotiz wert, so sehr haben wir uns schon gewöhnt an das hellenische Chaos, das frustrierte Jugendliche anrichten.

**Streiken verboten.** Im Vergleich dazu sind die Ereignisse, die sich derweil auf der anderen Seite des Atlantiks zutragen, weit ungewöhnlicher. Im US-Bundesstaat Wisconsin führten die radikalen Sparpläne des republikanischen Gouverneurs Scott Walker zu Protesten von hunderttausend Menschen, die das Zentrum von Madison, der Hauptstadt Wisconsins, zeitweise unter ihre Kontrolle brachten. Tausende BürgerInnen belagerten das State Capitol und verbarrikadierten die Zufahrtsstraßen. Es war eine der größten Widerstandsbewegungen in den USA seit den Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg.

Was in den großen Medien anfänglich als Provinzposse abgetan wurde, offenbarte sich als bald als Eskalation des Machtkampfs zwischen den zwei Amerikas – den sich immer fremder werdenden linksliberalen und reaktionären Teilen des Landes.

Anlass für den Konflikt war, dass die republikanische Partei das horrende Budgetloch auf Kosten der Mittelschicht und der sozial Schwachen stopfen will, während den MillionärInnen und MilliardärInnen Steuersenkungen winken.

**Endstation Taka-Tuka-Land.** Im US-Bundesstaat Ohio wurde jüngst ein Gesetz gebilligt, das es Beamten unmöglich macht, Lohnforderungen mit Hilfe von Gewerkschaften durchzusetzen. Streiks werden künftig ein strafwürdiges Vergehen sein. Angestellten soll sogar untersagt werden, bei Lohnverhandlungen Abgeordnete zur Unterstützung einzuschalten. Und auch die republikanische Mehrheit im Senat in Wisconsin beschloss am 9. März trotz allen Widerstands, die Gewerkschaften radikal zu entmachten. „In 30 Minuten haben 18 Republikaner 50 Jahre Arbeitnehmerrechte in Wisconsin abgeschafft“, fasste der demokratische Senator Mark Miller die Niederlage zusammen.

Um die Bedeutung der globalen Unruhen richtig einzuschätzen, sollten wir nicht vergessen, dass uns hoch angesehene PolitologInnen noch vor wenigen Jahren glauben machen wollten, der Zug der Geschichte sei angekommen in seinem Endbahnhof, dem Taka-Tuka-Land der neoliberalen Marktwirtschaft. Eingetreten ist aber das Gegenteil: Die Geschichte bricht sich gleich einem Hochgeschwindigkeitszug mit voller Wucht ihre



Bahn, und niemand kann mehr wissen, wer die WeichenstellerInnen sind, die die Zukunft steuern werden.

**Es herrscht Klassenkampf.** Gemeinsam ist fast allen sozialen Kämpfen der Gegenwart, dass sie keine Klassenkämpfe mehr sind im Sinne von Proletariat gegen Bürgertum. Es sind Konflikte der Angehörigen des Mittelstands, die ihren Status zu verlieren drohen oder sich diesen erkämpfen wollen. Egal ob China, Indien, Europa oder die USA: Die besitzende Elite braucht die Mittelschicht nicht mehr als politische Trägerin des Staates. Nur als gut qualifizierte, aber unpolitische Angestellte sind ihre Mitglieder dem Kapital von Nutzen.

Dass aber auch die Auseinandersetzungen zwischen den Superreichen und dem Mittelstand eine Art von Klassenkampf darstellen, darauf machte ausgerechnet der US-Milliardär Warren Buffet aufmerksam. Das Gebaren der US-Finanzbranche im Visier stellte er lakonisch fest: „Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt.“ Und setzte nach: „Aber das sollte sie nicht.“ ◀

*Der Autor studiert Arabistik in Wien.*

## Wir wurschteln uns gerade noch durch

**Michael Hartmann, Elitenforscher und Professor für Soziologie an der TU Darmstadt, spricht mit PROGRESS über Student Riots in Großbritannien, den Kampf gegen die Gewerkschaft in den USA und warum die EuropäerInnen (noch) nicht auf die Straße gehen.**

**PROGRESS:** 2011 war bislang ein sehr protestreiches Jahr. Neben den Aufständen in den arabischen Ländern gab es auch schwere Student Riots in Großbritannien, eine Parlamentsbelagerung in den USA, gewalttätige Proteste in Griechenland und noch viel mehr. Was sagen Sie als Elitenforscher zu diesen Unruhen?

**HARTMANN:** In Großbritannien und den USA waren die Proteste für mich insofern abzusehen, als dass die Menschen von den sehr radikalen Sparmaßnahmen in Folge der Finanzkrise enorm belastet werden. Es war klar, dass die neue konservative britische Regierung sowie die Republikaner in den USA in noch stärkerem Maße als andere Regierungen die Belastung fast ausschließlich der sogenannten Normalbevölkerung aufladen werden. Im arabischen Raum war es zwar dauerhaft auch absehbar, weil dort die Diskrepanz zwischen Arm und Reich sehr groß ist, aber das hätte genauso gut in zwei, vier oder

sechs Jahren passieren können. Es gibt weltweit eine ganze Reihe von Ländern, wo es auch zu schweren Unruhen kommen könnte, weil sich in den vergangenen zwanzig Jahren die Kluft zwischen Arm und Reich enorm vergrößert hat.

*Das heißt, die VerliererInnen dieser Entwicklung wehren sich nun gegen die größer werdende Ungleichheit?*

Ja, die meisten an den Protesten beteiligten Gruppen haben gemeinsam, dass sie Verlierer von wirtschaftlichen Entwicklungen sind. Wobei man für den arabischen Raum hinzufügen muss, dass der Protest dort auch der Versuch einer neu entstandenen Mittelschicht ist, politisch mehr Mitsprache zu bekommen. Dort ist es nicht allein eine Frage der materiellen Verelendung, wobei natürlich die Angst vor dem sozialen Abstieg eine große Rolle spielt. Und den meisten Jugendlichen im arabischen Raum fehlt es einfach an

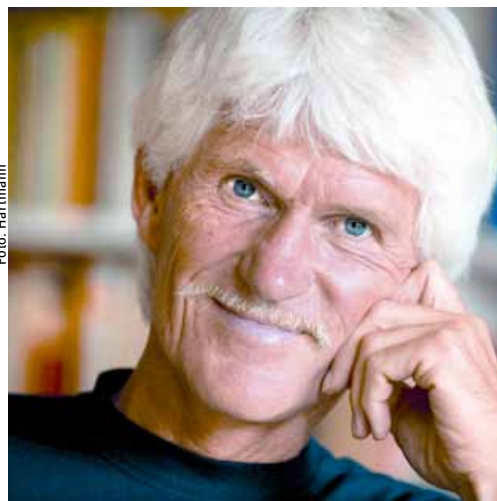


Foto: Hartmann

Zukunftsperspektiven, was aber wiederum von Land zu Land unterschiedlich ist. In Tunesien oder Libyen ist Armut weit weniger verbreitet als in Ägypten. Aber im Grunde lässt sich sagen, die Protestierenden sind die VerliererInnen der wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten zehn bis zwanzig Jahre und insbesondere der Finanzkrise.

*Inwieweit ist von dieser Entwicklung auch der sogenannte Westen betroffen? Hat die Finanzkrise nicht auch vielen EuropäerInnen enorme Nachteile gebracht?*

Das lässt sich nicht eins zu eins umlegen. So ist die Mittelschicht im Westen in der Politik viel stärker repräsentiert als in den arabischen Ländern. Aber auch hier sinkt ihr Einfluss, weil die Macht der Exekutive wächst und die Legislative an Bedeutung verliert. Die Parlamente haben viel weniger Einfluss als früher, weil die Regierungen und die Verwaltungsbürokratie vieles nur noch abnicken lassen. Die stärkere Disziplinierung der einzelnen Fraktionen hat dazu beigetragen, dass es weniger Auseinandersetzungen in den Parlamenten gibt und die Abstimmungen sehr viel einheitlicher ausfallen als früher. Die Leute könnten sich natürlich wehren, aber sie tun es nur selten. Nehmen wir das Beispiel Großbritannien: Mit Ausnahme der Studierenden akzeptiert die Masse der Bevölkerung die massiven Einschnitte der Regierung mit stoischer Ruhe. Vielleicht spüren die Menschen noch nicht, was da passiert, aber im gesamten Sozialbereich und bei den öffentlichen Beschäftigten gibt es in nächster Zeit rabiate Einsparungen. Und wenn man sich die USA anguckt: In Wisconsin und auch in Iowa sollen nun die relativ starken Gewerkschaften endgültig in die Knie gezwungen werden. Die Regierenden wollen nicht nur Sparmaßnahmen durchsetzen, sondern die Gewerkschaft völlig entmachten. Erst das hat zu den Protesten geführt. Die Sparmaßnahmen in den anderen Staaten sind nicht weniger scharf, aber dort sind sie nicht direkt mit einem Angriff auf die Gewerkschaften verbunden. Und die Leute beweisen mit ihrem Widerstand schon das richtige Gespür: Wenn nämlich die Gewerkschaften noch schwächer werden als sie in den USA sowieso schon sind, dann werden die Kürzungsmaßnahmen im sozialen

Bereich und bei den normalen Beschäftigten noch brutaler ausfallen. Die Entmachtung der Gewerkschaften ist eines der zentralen Anliegen neoliberaler Politik.

*Wann ist der Punkt erreicht, ab dem Menschen anfangen sich aufzulehnen, was ist der Auslöser?*

Das kann man nie sagen. Wenn man sich die Geschichte ansieht, zum Beispiel die russische Revolution, dann kann man den Briefen führender RevolutionärInnen entnehmen, dass alle noch wenige Monate vor dem Ausbruch übereinstimmend der Meinung waren, dass nichts passieren werde. Und auch die vielen Experten, die den arabischen Raum beobachtet haben, haben den Aufstand nicht kommen sehen. Wenn man sich die Zeitungsartikel aus Großbritannien in Zusammenhang mit den Studiengebühren ansieht, dann gab es eine breite Übereinstimmung unter den Kommentatoren, dass die britischen Studierenden zwar nörgeln würden, dass es aber zu keinem breiten Widerstand kommen würde. Und auf einmal waren alle überrascht, dass so massiv protestiert wurde.

*Wie können solche Protestaktionen die von Eliten gemachte Politik verändern?*

Das Problem ist, die Protestaktionen dieser großen Masse erfordern deutlich mehr Hartnäckigkeit und Anstrengung als die Verantwortlichen aufbringen müssen, um ihre Entscheidungen durchzubringen. Das ist qua Definition so. Die Elite sitzt in den Positionen, in denen sie Entscheidungen treffen kann, durch die gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich beeinflusst werden können. Und die Entscheidungsträger, das ist ein relativ kleiner Kreis von Menschen. Wenn Obama sagt, wir schließen Guantanamo jetzt doch nicht, dann ist das relativ einfach zu machen. Für Gruppen aus der Bevölkerung ist es immer sehr viel schwerer, politische Ziele durchzusetzen. Erstens sitzen sie nicht direkt an den Hebeln der Macht und zweitens haben sie aufgrund ihrer sehr viel größeren Zahl auch viel größere Probleme, sich zu organisieren.

*Glauben Sie, dass es auch in Mitteleuropa zu Aufständen der Massen kommen kann, wenn die Un-*

*gleichheit zwischen oben und unten noch größer wird? Oder geht es den Menschen in der EU zu gut, um ihren Unmut auf die Straße zu tragen?*

Der Lebensstandard hier ist immer noch relativ hoch. Die Neigung der Menschen, einfach zu sagen: „Wir akzeptieren das und wurschteln uns gerade noch irgendwie durch“, die wird begünstigt dadurch, dass man es auch noch irgendwie kann. Dazu kommt, dass es in den meisten Ländern in der EU keine Protesttradition gibt. Da ist nur Frankreich die große Ausnahme. In Großbritannien zum Beispiel sind unter Thatcher die Gewerkschaften so zerschlagen worden, dass sie als Machtfaktor in vielen Bereichen einfach ausfallen. Und das ist in den USA noch viel drastischer. Es gibt keine objektiven Indikatoren, die es ermöglichen würden zu sagen, ab einem bestimmten Maß an Ungleichverteilung oder Armut gibt es auch Protest. Unsere Reaktionen fallen äußerst unterschiedlich aus und es hängt immer damit zusammen, ob die Menschen eine Perspektive in ihrem Protest sehen. Jene Menschen, die in den 20er-Jahren oder im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1929 arbeitslos wurden, rutschten ganz schnell in eine richtig bittere Armut. Da stellte sich dann ganz schnell die grundlegende Frage: Woher kriegen ich Essen und Kleidung? Das waren existenzielle Fragen und insofern war dann auch die Lösung wie in Deutschland oft eine radikale. In Großbritannien blieb dennoch alles relativ ruhig, in Frankreich gab es die Volksfront-Regierung und in den USA den New Deal. Da spielen die jeweiligen Traditionen und spezifischen Gegebenheiten immer eine große Rolle. Wenn man heute in der EU von Armut betroffen ist, dann ist das trotz aller negativen Folgen etwas anderes als damals. Man wird zwar vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen und viele gehen daran psychisch auch zugrunde, aber in der Regel muss man wegen Arbeitslosigkeit nicht verhungern oder unter einer Brücke schlafen. Das Überleben wird, wenn auch auf immer niedrigerem Niveau, durch die Sozialsysteme noch garantiert. Und so wurschteln die meisten weiter – keiner kann seriös sagen, wie lange das noch geht. ◀

Das Interview führte Theresa Aigner.



## Stürmische Zeiten

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Es beginnt der Endspurt ins Sommersemester und wir wünschen dir viel Erfolg bei anstehenden Prüfungen und Arbeiten. Auch für unsere Exekutive brechen die letzten Monate unserer Funktionsperiode an, die wir noch mit voller Energie für euch nutzen möchten. In den letzten eineinhalb Jahren, der Zeit der Studierendenproteste, aber auch davor, haben wir als ÖH viele Konzepte für ein besseres Bildungssystem erarbeitet. Wir sind gerade dabei, dieses Wissen zu verschriftlichen und in den nächsten Wochen in Buchform als Beitrag zur bildungspolitischen Debatte zu veröffentlichen. Wir werden darin vielfältige Themen behandeln, von sozialer Gerechtigkeit bis Hochschulfinanzierung sind alte und neue Empfehlungen an die Politik zu finden.

Sie müssen nur noch umgesetzt werden...

Apropos Hochschulfinanzierung: Kanzler und Vizekanzler haben kurz vor Jahresende, nach der Vorstellung ihres zukunftsfeindlichen Budgets 2011, die Ausarbeitung eines neuen Finanzierungsmodells

für Universitäten versprochen. Die ersten Eckpunkte sollten Mitte April bekannt werden. Im Moment ist zu befürchten, dass die prekäre finanzielle Lage der Universitäten nicht verbessert wird, sondern mithilfe eines „Studienplatzfinanzierungsmodells“ die Studierendenzahlen reduziert werden sollen. Wir wehren uns natürlich mit allen Kräften gegen diese Politik des Beschränkens!

Was uns zum nächsten Thema bringt: Die neue „Beschränkungsphase“, vor wenigen Tagen im Parlament beschlossen, reduziert die Anzahl der Prüfungsantritte im ersten Semester für StudienanfängerInnen auf zwei. Wir sind im Gespräch mit den Universitätsleitungen, dass ein gesetzlich möglicher dritter Prüfungsantritt über interne Regelungen eingeräumt wird. Das Herumpfuschen im Universitätsgesetz und unausgereifte „Reformen“ sind leider nur ein weiteres Zeichen für die Planlosigkeit von Ministerin Karl. Damit du weiterhin eine starke Interessensvertretung für dein Studium und gegenüber der Politik hast, nütze deine Stimme bei der anstehenden ÖH-Wahl von 24. bis 26. Mai.

Alles Gute,  
deine ÖH-Bundesvertretung



Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Mirijam Müller

### KURZMELDUNGEN

#### Neue ÖH-Plakate

Der Kreativität wurden wieder einmal keine Grenzen gesetzt. Die von der ÖH durchgeführte, österreichweite Ausschreibung stand unter dem Motto *Protest – Zeichen, Bilder, Bewegtes*. Von den insgesamt fast 40 Einreichungen wurden fünf mit jeweils 1.000 Euro prämiert. Außerdem wurden die Sujets von der ÖH auf Plakate gedruckt. Diese sollen nun den Studierenden zugänglich gemacht werden. Auf der Homepage der ÖH-Bundesvertretung könnt ihr diese kostenlos downloaden.

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)

#### ÖH-Wahl: Stichtag 5. April

Die ÖH-Wahl 2011 findet vom 24.–26. Mai an den österreichischen Universitäten statt. Damit ihr eure Stimme abgeben könnt, müsst ihr bis spätestens 5. April 2011 den Studienbeitrag für das Sommersemester überwiesen haben. Das Datum kann jedoch von Uni zu Uni noch variieren. Informiert euch deswegen bitte an eurer Uni über die jeweiligen Fristen. Die ÖH-Bundesvertretung bereitet im Moment eine Kampagne zur Bewerbung des Wahltermins und zum Wahlauftritt vor.

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)

#### Achter März 2011

Rechtzeitig zum Weltfrauentag am 8. März hat die ÖH eine neue Broschüre mit dem Titel *Achter März 2011. Frauen. Mädchen. Lesben. Kampftag* zusammengestellt. Seit 1977 gilt der 8. März offiziell als von der UNO anerkannter Internationaler Frauentag. Vor 100 Jahren, am 19. März 1911, fand in Wien die erste große Demonstration für Frauenrechte statt. Wie die Geschichte von da an ihren Lauf nahm, erfahrt ihr in der neuen Broschüre. Diese könnt ihr gratis auf der Homepage der ÖH herunterladen.

[www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at)

# Das große Studienwahl-Orakel

Weinbau oder doch Quantenphysik? Das Ministerium hilft künftig bei der Studienwahl. Aber ist das sinnvoll?

CLEMENS RÄUDIGER

Die Studienwahl ist eine Lebensentscheidung. Was auch immer studiert wird, es dauert zumindest einige Jahre bis zum Abschluss und ist prägend für Berufswahl und späteren Karriereweg. Das Wissenschaftsministerium hat sich deshalb für angehende Studis eine Hilfestellung ausgedacht: Eine verpflichtende Beratung.

In Zukunft sollen alle AnfängerInnen bei Studienantritt nachweisen, dass sie sich bei der Wahl ihres Studiums einem Neigungstest unterzogen haben. Dieser soll Fähigkeiten und Neigungen erforschen, und Tipps für das ideale Studium geben. Derzeit drängen fast alle NeueinsteigerInnen in dieselben Studienrichtungen. Fast zwei Drittel aller Studierenden wählen eines von zwanzig Massenfächern, angeführt von „Klassikern“ wie Rechtswissenschaften und BWL. Meist sind es die Eltern, die zu einem „sicheren“ Studium drängen, ohne die Neigungen ihrer Kinder oder die wirklichen Studienbedingungen zu kennen. Es folgen oft Studienwechsel oder Abbruch.

Umso wichtiger ist die Beratung vor Studienbeginn. Das Pflichtpro-

gramm für angehende Studierende hätte schon im Herbst 2011 beginnen sollen. Doch bei der Zeitplanung musste Ministerin Beatrix Karl ihre im Vorjahr angekündigten Ziele zurückstecken. Die Beratungspflicht startet nun erst im Jahr 2012. Die voreilige Verkündung des neuen Projekts könnte nicht der einzige Baufehler des Programmes bleiben.

Jeder und jede Erstsemestrige muss künftig einen Nachweis über die Studienwahlberatung bringen. Einen solchen „Wisch“ ausstellen sollen laut Plan des Ministeriums externe Einrichtungen, wie etwa das Weiterbildungsinstitut der Wirtschaftskammer (Wifi). Die Mithilfe der Studierendenvertretung scheint vom Ministerium hingegen nicht gewünscht.

**Ohne die ÖH.** Im Herbst hatte Wissenschaftsministerin Beatrix Karl mit der Österreichischen HochschülerInnenschaft eine Kooperation bei der geplanten Beratungspflicht vereinbart. Aus dem Ministerium heißt es nun aber, die Zusammenarbeit mit der Studierendenvertretung sei schwierig. Die ÖH werde nämlich von „politischen Momenten beeinflusst“, sagte ein zuständiger Beamter des Wissenschaftsministeriums, der sei-

nen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Die ÖH wurde von diesem Stimmungswandel bisher noch nicht informiert.

Eine gute Alternative bietet die Bürokratie nicht. Die bereits existierende Studienberatung beim Wifi sieht neben einem psychologischen Gespräch vor allem einen Multiple-Choice-Test am Computer vor. Für ausländische StudienanfängerInnen soll es gar eine reine Online-Variante geben. In beiden Fällen spielt der PC die Hauptrolle bei der Beratung.

Junge Arbeitslose dürfen sich bereits jetzt beim AMS einem ähnlichen Computertest unterziehen. Der Test soll als Entscheidungs-Orakel für die Berufswahl dienen, per Klick auf bunte Kästchen mit der Nummer A, B oder C. Das ist freilich eine recht unpersönliche Variante, die wenig Rücksicht auf die Sorgen und Anliegen der Studienwilligen nimmt.

**Bürokratische Hürde.** Das ist auch den BeamtInnen im Wissenschaftsministerium klar. Der Computertest für die Studienwahlberatung sei „nicht ideal“, heißt es am Minoritenplatz. Derzeit verhandle das Amt mit dem Unterrichtsministerium über eine bessere Lösung,

die Studienberatung solle langsam wachsen. Ein Projekt, bei dem direkt an den Schulen in den beiden Klassen vor der Matura beraten wird, steckt derzeit aber noch in der Pilotphase. Bis zu einer breiten Umsetzung dauert es mehrere Jahre.

Die ÖH sieht in der Pflichtberatung des Ministeriums eher eine bürokratische Hürde als eine echte Hilfe. Die beste Beratung passiere immer noch dort, wo die Studierenden tatsächlich beraten werden wollen, so ein ÖH-Sprecher. Die ÖH plädiert dafür, Studienwahl und Berufsorientierung als fixen Bestandteil in den Lehrplänen der höheren Schulen zu verankern. Dabei sollen persönliche Beratung und „Probestunden“ in echten Uni-Seminaren im Vordergrund stehen. Ein passendes Programm bietet die ÖH bereits unter dem Titel „Studieren probieren“ für SchülerInnen an. Zudem können sich bereits jetzt alle Studierwilligen persönlich, per Email oder via Skype vom Referat für Studienberatung betreuen lassen.

Der Autor studiert Politikwissenschaft in Wien.

Weitere Infos unter:  
[www.studierenprobieren.at](http://www.studierenprobieren.at)

## Wie bist du auf dein Studienfach gekommen?

Das Progress befragte Studierende, warum sie studieren, was sie studieren.



Isabella, Kulturtechnik und Wasserwirtschaft

In der Schule war ich in Biologie und Mathematik sehr gut, darum wollte ich eine Mischung aus Naturwissenschaften und Technik studieren. Ich habe dann einfach eine

Broschüre der ÖH durchgeblättert, dabei ist mir mein jetziger Studiengang ins Auge gestochen.



Noah, Astronomie

Als Kind wollte ich Astronaut werden. Daraus hat sich mein Studium der Astronomie entwickelt. Ich habe mir dann alle Einrichtungen angeschaut, wo man das studieren kann.

Weitere Beratung war für mich dann eigentlich nicht mehr nötig.



Karo, Philosophie und Physik

Mein Physiklehrer in der 8. Klasse Gymnasium hat die Relativitätstheorie so philosophisch erklärt, da habe ich mir gedacht: Physik und Philosophie passen gut zusammen. Ich habe mich dann in Vorlesungen beider Fächer hineingesetzt und mich von den ProfessorInnen beraten lassen.



Für die Karriere zum Mann schminken.

Foto: Wallisch

# Männer, die an ihren eigenen Stühlen sägen müssen

Vor hundert Jahren haben sich Frauen den Zugang zu den österreichischen Hochschulen hart erkämpft. Mittlerweile beginnen in Österreich bereits mehr Frauen als Männer ein Studium. Leider wird der Anteil geringer, je höher das akademische Level ist. Innerhalb eines Jahrhunderts gab es nur drei Rektorinnen. Eines der vielen Symptome dafür, dass Gleichberechtigung an Österreichs Hochschulen oft nur auf dem Papier durchgesetzt wurde.

MIRIJAM MÜLLER

**A**n den altherwürdigen Universitäten dreht sich das Rad manchmal noch ein bisschen langsamer als in anderen Bereichen der Gesellschaft. Meist nicht wenn es um den Einsatz von neuesten Technologien zu Forschungszwecken oder Erkenntnissen der Wissenschaft geht. Doch bei Themen wie Barrierefreiheit hinkt die Universität immer noch hinterher. Ebenso bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die dahinterstehenden Mechanismen sind vielseitig. Oftmals stellt sich an den Hochschulen sowohl für Studentinnen als auch für junge Wissenschaftlerinnen die Frage der Kinderbetreuung. Nur wenige Hochschulen haben bislang Betriebskindergärten eingerichtet, der Großteil davon ist für Studierende nicht zugänglich. Dieser Zustand führt in vielen Fällen dazu, dass sich Frauen nach dem Abschluss eines Diplom- oder Bachelorstudiums gegen eine weitere wissenschaftliche Laufbahn entscheiden, weil Universität, Betreuungspflichten und in vielen Fällen auch noch zusätzliche Erwerbstätigkeit, um den Lebensunterhalt zu verdienen, nicht vereinbar sind. Ebenso steht jungen Wissenschaftlerinnen mit Kindern die nur schwer überwindbare Hürde im Weg, die unkonventionellen Arbeitszeiten in der Forschung mit Familie zu vereinbaren. Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen orientieren sich an der normalen Regelarbeitszeit der arbeitenden Bevölkerung, doch Forschungsprojekte beginnen meist nicht um 9 Uhr und enden dann um 17 Uhr. Eine flächendeckende Versorgung mit eigenen Betriebskindergärten an den Hochschulen wäre ein wichtiger Schritt, um Frauen ein Fortkommen im tertiären Sektor bis an die obersten Spitzen auch tatsächlich zu ermöglichen und nicht nur am Papier festzuschreiben.

**Zu wenig Professorinnen.** Abseits dieser, durch ausreichende Finanzierung und politischen Willen recht einfach zu lösenden Problematik, gibt es gerade an den Universitäten mit all ihren Strukturen, Gremien und Abläufen eine viel komplexere Hürde zu überwinden. Nur 17 Prozent der ProfessorInnen sind weiblich. Die Habilitation stellt hier als Voraussetzung für eine ProfessorInnenstelle die zentrale Hürde dar. Eine österreichische Lösung, denn international wird die Lehrbefugnis an Hochschulen mit der Promotion vergeben. Nur 27 Prozent aller Habilitationen werden von Frauen abgelegt, ein Nadelöhr, das die universitäre Karriere von Frauen oftmals verhindert. Auch hier spielt die Doppelbelastung vieler Frauen, die Kinder und Beruf vereinen müssen, eine große Rolle. Dies führt natürlich auch dazu, dass es schwierig ist, weibliche Betreuerinnen für Bak-, Diplom-, Master-, Doktorats- und Habilitationsarbeiten zu finden. Frauennetzwerke sind also nur sehr schwer aufzubauen und stehen einem historisch gewachsenen und sehr starken universitären Männernetzwerk gegenüber. Bereits während des Studiums entsteht dadurch ein Vorteil für Männer. Sie arbeiten nebenbei öfter in studiennahen Berufen als Frauen. Diese müssen meist mehrere prekäre Jobs annehmen, die nichts mit ihrem Studium zu tun haben, um sich ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. In dieser Zeit können sich Frauen, anders als ihre männlichen Kollegen, keine Kontakte innerhalb der Hochschule oder in dem von ihnen nach dem Studium angestrebten Tätigkeitsfeld aufbauen. Das führt dazu, dass es in Österreich gut ausgebildete Frauen gibt, die trotz dieses Vorteils beim Berufseinstieg auf größere Probleme stoßen als ihre männlichen Kollegen.

**Frauenquote nicht erreicht.** Maßnahmen zur Frauenförderung werden von Gremien wie Senaten, Rektoraten und anderen Einrichtungen der Universitäten beschlossen – Gremien, die tradi-

tionell männlich besetzt sind. Vor allem die ProfessorInnenkurie erfüllt selten die 40 Prozent Frauenquote. Wenn Frauen zu selben Teilen Verantwortung und hohe Positionen übernehmen sollen, bedeutet das ganz klar, dass Männer einen Teil ihrer Macht aufgeben müssen. Männer in männlich geprägten Gremien sollten also an ihren eigenen Stühlen sägen – ein Paradoxon. Quoten sind ein erster Schritt diese Muster zu durchbrechen. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, dass diese Quoten für jede Kurie in den Senaten, also sowohl in der ProfessorInnen-, der Mittelbau- und in der Studierendenkurie erfüllt werden. Momentan wird die Erfüllung oftmals auf die Studierenden abgewälzt. Zudem müssen auch männliche Verhaltensweisen, informelle Netzwerke und die männliche Rhetorik innerhalb dieser Gremien kritisch durchleuchtet und aufgebrochen werden, um Lippenbekenntnissen in punkto Gleichberechtigung auch tatsächlich wirkungsvolle Veränderungen folgen zu lassen.

**Unis mit Vorbildfunktion.** Hochschulen sind Teil unserer Gesellschaft und haben gesellschaftliche Änderungen immer schon entscheidend beeinflusst. Angesichts dieser Tatsache ist es im Bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern unumgänglich an Universitäten alles daran zu setzen, die gläserne Decke für weibliche wissenschaftliche Karrieren aufzubrechen und so der gesellschaftlichen Vorbildwirkung, die den Hochschulen oft zugesprochen wird, endlich gerecht zu werden. Das bedeutet auch, von Traditionen in der Lehre abzurücken und zukünftig auch verstärkt wissenschaftliche Texte von Frauen mit einzubeziehen. Nur so können alte Denkstrukturen, die oft unbewusst tradiert werden, endgültig verändert und damit der Grundstein zur Gleichstellung gelegt werden. ◀

Die Autorin studiert Medizin in Wien.

# Warum in Hong Kong die Uni nicht brennt

**Extremer Konkurrenzdruck, harte Aufnahmeprüfungen und Studiengebühren von über 4.000 Euro im Semester sind harte bildungspolitische Bandagen, denen die Studierenden in Hong Kong ausgesetzt sind. Angesichts österreichischer Zustände hatte ich mich schon auf ein protestreiches Auslandssemester im Audimax der University of Hong Kong (HKU) eingestellt. Komischerweise demonstrierte aber niemand.**

CHRISTOF BRANDTNER

**I**want to buy a house and a car when I'm done with my studies“, sagt Brian, der gerade angefangen hat Business&Law zu studieren, auf die Frage, warum ihn das interessiere. Hong Kong ist die bevölkerungsdichteste Stadt Asiens, die Immobilienpreise sind schon für abstellkammergroße Apartments astronomisch und kein Mensch käme überhaupt auf die Idee, ein Auto der flotten U-Bahn vorzuziehen. Dass sein Wunsch demnach ein dezent aussichts- und sinnloses Unterfangen ist, spielt für Brian keine Rolle.

**Bachelor of Money.** Irgendwie studiert nämlich fast jede/r an der HKU in irgendeiner Form Geldwissenschaften, scheint es. „Some day I'll have to choose between my guitar and a financially independent life“, meint sogar mein Freund Jeffrey, der als Mitglied der Stargazers zu den Rockstars meines Studierendenwohnheims Starr Hall gehört und entsprechend unmotiviert Risk Management studiert. Ohnehin ist 加油 (add oil, gib Gas) ein geläufiges Wort in Prüfungszeiten, in denen man angesichts der allgemein angestrebten universitären Exzellenz gemeinsam auch schon mal von 8.30 bis 3.30 Uhr (morgens!) strebert. So könnte man oberflächlich auch schnell erklären, weshalb in Hong Kong keine Volkküche am Werken ist – wann denn auch?

Dabei gibt es sie ja sogar, die Kochgemeinschaft. Immerhin kamen meine Unitmates so auf den Geschmack von Fleischlabetn mit Kartoffelpüree. Meine Unit hieß 摘星重天 (Akira and the Starcat's) und umfasste das 22. und 23. Stockwerk der Starr Hall. Ihre 44 BewohnerInnen übernahmen die Rolle der universitären Familie und waren maßgeblich für mein Wohlbefinden in dieser verrückten Stadt verantwortlich. Die Interessensgruppe Kochen stellt aber nur eine von vielen Möglichkeiten dar, sich extracurricular zu engagieren, was, ne-

ben sportlichen Aktivitäten strikt von allen erwartet wird. Jedes Stockwerk wählt Anfang des Jahres FunktionärInnen, und damit es besonders egalitär zugeht, wird auch für jede/n ein Posten geschaffen. Seltsam nur, dass sich am Campus die Investment Association mit Dresscode „Anzug“ und der Rock Club mit Dresscode „Kurt Cobain“ eine Hütte teilen, ohne sich dabei in die Quere zu kommen oder sich als reaktionär oder lausig zu beschimpfen.

**Better than joining a riot.** Dieses durchaus harmonische Zusammenleben ist genau genommen auf das Wesen Hong Kongs zurückzuführen: Ursprünglich Handelsstützpunkt unter weitgehend desinteressierter Kontrolle Großbritanniens, wurde Hong Kong Mitte des 20. Jahrhunderts zu einem Schmelztiegel chinesischer MigrantInnen. Die politischen Konflikte zwischen NationalistInnen und KommunistInnen und der Japankrieg brachten die heute sieben Millionen EinwohnerInnen zusammen, die sich selbst lange nicht als Teil Hong Kongs wahrnahmen. Das führte nicht nur zum Entstehen vieler homogener Nachbarschaften, sondern auch dazu, dass in den 1950ern nur 50 Prozent die Landessprache Kantonesisch verwendeten. Während man bei den implizierten Problemen andernorts in radikale Panik ausbricht, haben die HongkongerInnen ihren Weg gefunden: völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen. Über die Jahre hat sich das zwar durchaus leicht geändert, etwa aufgrund eines in Ansätzen partizipativen Stils der ansonsten technokratischen Verwaltung und zivilgesellschaftlicher Bewegungen (z.B. beim Widerstand gegen die Zerstörung des Lebensraums Victoria Harbour, der durch profitable Landaufschüttungen zunehmend bedroht wurde). Im Grunde genommen hat die Einschätzung meines Kollegen Yuchen aus Guangzhou aber weiterhin Geltung: „Hong Kong people have a realistic approach to life rather than being intellectual. They just don't want to talk about serious stuff“. Meine Soziologieprofessorin drückte den Hang zur

Trivialität auch so aus: „Doing something silly is still better than joining a riot“. Unter „something silly“ würde ich dann nach-mitternächtliches cheer-practice (lauter Sprechgesang mit Choreographie zur Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls, zu Beginn dezent irritierend) oder das gemeinsame Zerhacken eines Schweins für Prüfungsglück zählen.

**Soziologie des Tees.** Einer der gewichtigsten Gründe für die Zufriedenheit der Studierenden ist aber nicht das wunderbare kulinarische Angebot, für das es sich schon alleine lohnt, ein halbes Jahr in Hong Kong zu verbringen. Es ist ein nicht-kulinarisches Rezept, das den Reiz des Studierens in Hong Kong ausmacht: Die Universitäten haben das Konzept des Bachelors verstanden. Während vielseitig Interessierte bei uns mit Toleranzfristen und fehlenden Wahlfächern gequält werden, kann man sein Hauptstudium, den Major, in Hong Kong ganz einfach mit mehreren Minors ergänzen. Und die politikwissenschaftlich gebildete Biologin steht damit nicht wie bei uns im akademischen Orchideengarten. Jede/r muss außerdem zwei interdisziplinäre Vorlesungen zu Themen wie Demokratie, chinesische Identität oder Sex absolvieren und hat außerdem die Möglichkeit, im Rahmen eines General Education Programms sein Allgemeinwissen über die soziologische Bedeutung von Tee zu bereichern. Wie sich das mit Brians Wunsch nach Reichtum verträgt? Gar nicht. Aber die Wahlkurse mit Spitzenvortragenden werden so ansprechend angepriesen, dass ich dort bei weitem nicht alleine drin saß.

Dank der ausfinanzierten und (teilweise durch Privatspenden) ausgezeichnet ausgestatteten Universitäten muss man auch nicht regelmäßig zur Anmeldungs-Tombola antreten, sondern kann zu Semesterbeginn in einer zweiwöchigen add-and-drop-period Kurse shoppen gehen. Wer, fragen sich SozioökonomInnen reflexartig, shoppt denn da aber eigentlich bei so einem selektiven System mit hohen privaten Bildungsinvestitionen? Interessanterweise ist die Korrelation zwischen sozialer Herkunft und Bildungsweg zumindest im PISA-Alter signifikant niedriger als in Österreich. Dass eines der weltweit kompetitivsten Systeme dank eines ausgesprochen hohen Stellenwerts von Bildung auf der politischen Agenda also möglicherweise fairer ist als unser vermeintlich freier Bildungszugang, soll aber keine zufriedenstellende Antwort auf die eingangs gestellte Frage sein. Der Grund für das leere Audimax ist ohnehin zweifellos, dass die Sandstrände Thailands und der Philippinen hundert Euro weiter liegen. ◀

*Der Autor studiert Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Wien.*



Foto: Brandtner

Studieren in Hong Kong: Neue Erfahrungen, neue Ausblicke.



# Die Krise der Demokratie?

Foto: Wallisch

**Einmal alle fünf Jahre wählen gehen - that's it? Das fragt sich die aktuelle Ausstellung im Kunstforum Niederösterreich mit dem Titel *Nach Demokratie*. Eine Ausstellungsrezension.**

KATHARINA SPIELMANN

Die Ausstellung beschäftigt sich damit, inwiefern es in den letzten 20 Jahren in der politischen Realität Veränderungen gegeben hat. Die Entscheidungsmacht sei sukzessive von gewählten politischen Organen zu den so genannten „global playern“, den größten multinationalen Unternehmen, gewandert. Der Begriff des Neoliberalismus rückt somit in den Mittelpunkt. Die Finanzkraft der weltweit mächtigsten Unternehmen übersteigt inzwischen die von Staaten bei Weitem. Laut *Greenpeace* vereinen die 200 größten Unternehmen der Welt circa ein Viertel der Wirtschaftstätigkeit in sich. Sie beschäftigen aber nur ein Prozent aller ArbeitnehmerInnen.

Ein wichtiger Aspekt der Ausstellung *Nach Demokratie* ist die Beschäftigung mit dem Abbau demokratischer Partizipation im Zusammenhang mit dem Ausbau der neoliberalen Kräfte. Ob in den Schulen, in den Unis oder in den Städten – politische Mitbestimmung wird oft zur Ausnahme.

„**Postdemokratie**“. Der vom Politikwissenschaftler und Soziologen Colin Crouch verwendete Begriff der „Postdemokratie“ bildet den Rahmen der Ausstellung im Kunstraum Niederösterreich und symbolisiert die Auswirkungen des Neoliberalismus auf die demokratischen (westlichen) Gesellschaftsordnungen. Crouch versteht darunter nämlich jegliche Art der Machtverschiebung im Kontext von Globalisierung und Neoliberalismus. Laut den AusstellungsinitiatorInnen werden „in der von Colin Crouch so

genannten Postdemokratie Entscheidungen von ExpertInnen, Kommissionen und Wirtschaftsunternehmen gefällt. Der Bürger oder die Bürgerin findet sich damit ab – oder leistet Widerstand, protestiert“. Diesem „Damit Abfinden“ haben wir sogar schon einen eigenen Begriff gegeben: die Politikverdrossenheit. Viele Menschen haben den Eindruck, dass Politik hinter verschlossenen Türen passiert und reagieren in Folge mit Passivität und Schweigen. Außerdem wird immer wieder konstatiert, dass in den letzten Jahren viele Menschen das Vertrauen in die Politik verloren haben und resignieren. Ein Beispiel dafür ist der Umgang der Regierungen mit der Finanzkrise und dem dabei wachsenden Zuspruch für rechte Parteien, die Autorität in den Vordergrund stellen und somit ein weiteres Symptom für den Abbau der Demokratie darstellen.

**Die Aufgabe der Kunst?** Im Fokus der künstlerischen Auseinandersetzung liegt allerdings der öffentliche Widerstand, den es trotz des demokratischen Abbaus oder gerade deswegen gibt. Als Symbolfigur der postdemokratischen Entwicklung wird von vielen Georg W. Bush gesehen, der unter anderem Wahlen von der texanischen Öl-Industrie finanzieren ließ. In der Ausstellung beschäftigt sich die Künstlerin Christina Würmell mit dem Phänomen Bush. Sie zeigt in ihrer Arbeit *Bollock was it the hand of God* eine gezeichnete Version eines Fotos des Fußballers Maradona, der auf einer Demonstration ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Stop Bush“ trug, wobei das „s“ in „Bush“ als Hakenkreuz dargestellt wurde. Die Künstlerin will damit auch darauf auf-

merksam machen, „dass auch politischer Protest in der Postdemokratie zur bloßen Ware wird“.

In der Ausstellung gibt es aber auch eine Auseinandersetzung mit dem Widerstand der breiten gesellschaftlichen Masse. So zeigt Rirkrit Tiravanija in seiner Arbeit *Demonstration Drawing* eine beeindruckende Wand voll von gezeichneten Szenen aus Demonstrationen. Die Grundlage dafür sind ebenfalls Fotos und zwar von den politischen Protesten in Thailand, die von thailändischen Kunststudierenden abgezeichnet wurden. In dieser Arbeit wird deutlich, dass politische Proteste stark von Emotionen geleitet werden. Für die DemonstrantInnen geht es um eine Verbesserung ihrer persönlichen Lebensumstände.

Es stellt sich aber die Frage, warum sich Kunst überhaupt mit politischen Themen wie der demokratischen Entwicklung beschäftigen soll. Es scheint, als würden die KünstlerInnen und InitiatorInnen dieser Ausstellung sich selber und ihre Arbeiten als etwas sehen, das im Kontext der „Postdemokratie“ passiert. Auch sie können Opfer der Neoliberalisierung sein und werden, zum Beispiel wenn Kunst kommerzialisiert wird. Genau das zeigt Sarah Ortmeier in ihrer Arbeit *DILEMMA*, in der sie durch eine Konstruktion aus sechs hölzernen Rahmen-Tischen, eine Mischung aus Marktstand und Rahmen, auf „die Verdrängung einer historischen Markthalle durch einen lukrativen neuen Museumsbau in Warschau“ hinweist.

Außerdem ist es für eine Gesellschaft, die sich andauernd weiterentwickelt, von enormem Wert, wenn eine vielseitige Beschäftigung mit politisch

und gesellschaftlich relevanten Themen passiert.

**Die Generation Stuttgart 21.** Die „Postdemokratie“ kann auch mit dem Begriff der liberalen Demokratie beschrieben werden, im Rahmen welcher die Wahlbeteiligung den wichtigsten Modus der Partizipation der Menschen darstellt. Doch das reicht vielen nicht mehr und es entstehen Protestbewegungen, wie *Stuttgart 21* im vergangenen Jahr. Diese Proteste unterscheiden sich stark von den Umstürzen von Ben Ali, Mubarak und anderen Machthabern im nordafrikanischen und arabischen Raum, denn die Ausgangslage ist eine grundlegend andere. Doch eines haben die Proteste gemeinsam: Die DemonstrantInnen sind unzufrieden mit der Arbeit der EntscheidungsträgerInnen und nehmen das Recht zu demonstrieren wahr. Bei den Protesten gegen den geplanten Umbau des Stuttgarter Bahnhofs wurden Vielen die Augen geöffnet: Die Menschen wollen eine transparente Regierung, der es in erster Linie um das Wohl der BürgerInnen geht und nicht um Profitmaximierung. Sie haben es satt, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird.

Bleibt abzuwarten, ob Mitbestimmung und Partizipation in unserer Gesellschaft bald wieder mehr wert sein werden als Effizienz und Profit. Diese Frage lässt auch die Ausstellung *Nach Demokratie* offen und regt zum Nach- und Überdenken der bestehenden Strukturen in den „westlichen“ Demokratien an. ◀

Die Autorin studiert Psychologie in Wien.

# Service, das hilft!



## Nicht vergessen!

**E**in neues Semester beginnt und wie immer gibt es eine Unzahl an Terminen und Stichtagen zu beachten. Die zwei aus unserer Sicht wichtigsten seien dir hiermit ans Herz gelegt:

Bis 15. März läuft die allgemeine Zulassungsfrist im Sommersemester 2011; bis 30. April die Nachfrist. Innerhalb dieses Zeitraums musst du jedenfalls deinen ÖH-Beitrag, aber wenn nötig auch deine Studiengebühren einbezahlt haben, um weiterhin inskribiert zu bleiben. In der gleichen Frist kannst du auch den Antrag auf Erlass der Studiengebühren stellen.

Am 15. Mai endet die Einreichfrist für die Anträge auf Studienbeihilfe. Wir empfehlen ALLEN StudentInnen, diesen Antrag zu stellen; es kostet nichts, und im schlimmsten Fall kassiert man einen negativen Bescheid. Das Antragsformular findest du unter [www.stipendium.at](http://www.stipendium.at).

Vor allem unter jenen, die ab 01. Juli den Anspruch auf Familienbeihilfe verlieren, gibt es sicher einige, die dadurch erstmals Anspruch auf Studienbeihilfe hätten! *che* ◀

*Ausführliche Beratung zu Studienbeihilfe und Studiengebühren erhältst du in den Sozialreferaten deiner Universitätsvertretung bzw. in der ÖH-Bundesvertretung.*

## Versicherungen

**S**tudierende können auf verschiedene Arten versichert sein, nämlich:

**a) Mitversicherung.** Dies ist die günstigste Variante – du bist (meist) beitragsfrei bei einem Elternteil oder deinem/r PartnerIn bei der Krankenkasse der/des Hauptversicherten versichert. Sich mitversichern zu lassen, ist prinzipiell bis zum 27. Geburtstag möglich, du musst dafür entweder aktuell Familienbeihilfe beziehen oder 8 Semesterwochenstunden Leistungsnachweis pro Studienjahr erbringen.

**b) Studentische Selbstversicherung.** Die studentische Selbstversicherung kostet 24,93 Euro monatlich (ab 01.07. verdoppelt sich dieser Betrag dank Einsparungen im Wissenschaftsministerium) und ist nicht an ein Höchstalter gebunden, dafür aber an andere Voraussetzungen (z.B. jährliches Einkommen unter 8.000 Euro; maximal zwei Studienwechsel nach

jeweils maximal zwei Semestern; Mindeststudienzeit plus ein Semester darf nicht um mehr als vier Semester überschritten. Zu beantragen ist die studentische Selbstversicherung bei der Gebietskrankenkasse (GKK) des Studienorts.

**c) Pflichtversicherung über Arbeitsverhältnis.** Sobald du mehr als die Geringfügigkeitsgrenze verdienst (monatlich 374,02 Euro), bist du voll sozialversichert (also unfall-, krank-, arbeitslosen- und pensionsversichert). Verdienst du weniger, kannst du dich um einen monatlichen Beitrag von 52,78 Euro versichern („opting in“).

**d) Freiwillige Selbstversicherung.** Die teuerste Form der Versicherung: Zuständig ist die jeweilige Gebietskrankenkasse, der monatliche Beitrag beläuft sich normalerweise auf 357,48 Euro, für StudentInnen wird der Beitrag allerdings auf rund ein Viertel reduziert.

*che* ◀

## Kommunikationswirtschaft

**W**enn ich anderen den Namen meines Studiums nenne, ist die erste Reaktion oft ein gewisses Unverständnis, kennt man doch diesen Begriff nicht wirklich. Viele denken zunächst an Kommunikationswissenschaft oder Wirtschaft. Obwohl eine Kombination für einige unvorstellbar ist, ist es die Bezeichnung eines Bachelorstudiums an der Fachhochschule Wien.

Nach dem Motto „Reden ist Silber, Kommunizieren ist Gold“ wird den Studierenden zunächst ein Einblick in die Wissenschaft individueller und massenmedialer Kommunikation gegeben. Im Anschluss daran folgt die Vermittlung von Wissen über alle Kommunikationsdisziplinen, also unter anderem Marketing, Werbung, Public Relations oder Eventkommunikation.

Neben den kommunikationstheoretischen Grundlagen absolvieren die Studierenden zusätzlich wirtschaftliche Fächer. Das bedeutet, dass Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre sowie Buchhaltung und Recht wesentliche Lehrveranstaltungen darstellen.

Ein großer Vorteil des Studiums an einer Fachhochschule ist die Nähe zur Praxis. In jedem Semester müssen die StudentInnen in Kleingruppen Projekte, Präsentationen oder Konzepte erstellen, teilweise auch mit realen KundInnen. Das fünfte Semester besteht darüber hinaus aus einem Berufspraktikum und begleitenden Lehrveranstaltungen. Hier können die Studierenden bereits während dem Bachelorstudium erste Erfahrungen in der Welt der Kommunikation sammeln.

Darüber hinaus habe ich die Chance, ein Semester im Ausland zu verbringen, wahrgenommen. Diese Zeit habe ich sehr genossen. Ich konnte ein fremdes Land in seiner Vielfalt erkunden, meine Sprachkenntnisse erweitern, neue Freunde gewinnen und mein Wissen im Bereich der Kommunikation ausbauen.

AbsolventInnen des Studiums der Kommunikationswirtschaft stehen viele Türen offen, egal ob auf Unternehmensseite im Marketing oder auf Agenturseite als KommunikationsdienstleisterIn. ◀

*Denise Lang studiert in Wien.*

### REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

#### Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36  
paedref@oeh.ac.at

#### Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten

(bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Donnerstag 13 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36  
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

#### Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr, Mittwoch von 16 - 19 Uhr, sowie Donnerstag 14 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 43  
sozial@oeh.ac.at

#### Wohnrechtsberatung: Dienstag 10 - 13 Uhr und

Donnerstag 13 - 16 Uhr  
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41  
wohnrecht@oeh.ac.at

#### Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10 - 12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22  
sozialfonds@oeh.ac.at

#### Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch 13-16 Uhr

Dienstag, Freitag 9-12 Uhr,

Donnerstag 18-20 Uhr (mit Schwerpunkt auf Studienberechtigungsprüfung und Berufsfreifeprüfung)

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25  
studienberatung@oeh.ac.at  
Skype: OEH-Beratung

Burgenland und in Niederösterreich

Martin Olesch: +43 (0) 676/888 522 73

Martin.Olesch@oeh.ac.at

Stände bei Berufs- und Studieninformationsmessen und Koordination der Maturantinnen- und Maturantenberatung in Wien

Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92  
Agnes.Wuehr@oeh.ac.at

#### Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag 10-13 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 888 0 - 95

Fax: +43 (0) 1/310 888 0 - 36

internationales@oeh.ac.at

Skype: internats\_bv

#### Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36  
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at

Montag 9-12 Uhr (persisch, englisch, deutsch)

Dienstag 10-12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)

Donnerstag 15-18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Freitag 9-12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

#### Referat für feministische Politik

Donnerstag 12-14 Uhr sowie nach Terminvereinbarung

Tel: +43 (0) 676/888 522 74

Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36

frauenreferat@oeh.ac.at

#### Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46

oder +43 (0) 676/888 522 52

Mittwoch 11-14 Uhr oder nach Vereinbarung

maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46

julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

# Politik



## Student Rumble in Großbritannien

Kommentar von Katie Binns

**D**er StudentInnenprotest gegen die so genannte Hochschulreform der britischen Regierung dominiert seit Monaten Großbritanniens Medien. Mit der Aussicht konfrontiert, dass die Universitäten jährlich Studiengebühren von bis zu 10.500 Euro einheben werden, entschieden sich Ende Dezember 130.000 Studierende dazu, Widerstand zu organisieren. Im ganzen Land wurden Universitäten besetzt und am Tag des Parlamentsbeschlusses kam es zu Straßenblockaden und Massendemonstrationen. In London waren so viele schwerbewaffnete PolizistInnen auf der Straße, dass die Lage von einigen KommentatorInnen als Krieg beschrieben wurde.

Was bedeuten die geplanten Reformen der Regierung für britische Studierende? Die AbsolventInnen werden ihre Universitäten künftig mit mehreren Zehntausend Euro Schulden verlassen – und noch dazu mit sehr trüben Zukunftsaussichten. Die wirtschaftliche Rezession lässt die Zahl der Arbeitsplätze schrumpfen und drückt die Gehälter in fast allen Branchen. Laut seriösen Schätzungen wird die Anzahl der jungen Arbeitslosen zwischen 16 und 24 Jahren innerhalb der nächsten fünf Jahre auf 1,2 Millionen ansteigen.

Die britische Regierung versucht, den Wert und Zweck der Universitäten grundlegend zu verändern. Indem sie die Studiengebühren ver-

dreifacht und gleichzeitig die staatliche Subvention der Lehre um 79 Prozent kürzt, sorgt sie letztlich für eine Privatisierung der Hochschullehre und stellt somit die Qualität der Forschung über die soziale und gesellschaftliche Mission des Hochschulwesens.

Die Hochschulreformen kommen genau zu einem Zeitpunkt, an dem sie politisch keinesfalls vertretbar sind. Sie bedeuten nicht nur einen Schlag gegen junge Leute aus der ArbeiterInnen- und Mittelklasse, sondern eine rückwirkende Bejahung neoliberaler Strategien.

Diese Reformen sind nicht nur unanständig, sie sind geradezu dumm. Sie setzen die Fähigkeit unseres Landes aufs Spiel, Fachkräfte hervorzubringen. Die Regierung hat diese gravierenden Veränderungen durchs Parlament gehezt, ohne sich die Zeit zu nehmen, wirklich darüber nachzudenken, sie kritisch zu prüfen oder ExpertInnen dazu anzuhören.

Die Studierenden werden mit ihrem Kampf gegen diese Dummheit und Ungerechtigkeit jedenfalls weitermachen.

*Die Autorin ist Engländerin und studiert Englische Literatur in London.*

### KURZMELDUNGEN

#### Wunsch nach „starkem Mann“

In Europa wächst der Wunsch nach autoritären Regierungsformen. Das ergab eine Studie der Universität Bielefeld im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die am Freitag vorgestellt wurde. In Großbritannien und Frankreich sind demnach mehr als 40 Prozent der Ansicht, dass ein „starker Mann“ an der Spitze gebraucht werde, der sich nicht um Parlament oder Wahlen schert. Fast jeder dritte Deutsche sei derselben Ansicht. In Ländern wie Portugal oder Polen liege dieser Anteil sogar bei über 60 Prozent.

#### Erstmals Frau zur Ministerin ernannt

Die im Gazastreifen herrschende radikalislamische Hamas hat erstmals eine Frau in die Regierung berufen. Jamila Al-Shanti werde das neue „Ministerium für Nationale Angelegenheiten und Frauen“ leiten, teilte die Hamas nach einer Kabinettsumbildung mit. Die Hamas hat 2006 die Wahlen gewonnen und im Juni 2007 gewaltsam die gesamte Macht im Gazastreifen an sich gerissen. PalästinenserInnenpräsident Mahmoud Abbas kontrolliert seither nur noch das Westjordanland. Israel, die EU und die USA stufen die Hamas als terroristische Organisation ein.

#### Euro-MayDay-Parade findet wieder statt

Im Zuge eines Vernetzungstreffens Anfang Februar wurde beschlossen, nach zweijähriger Pause am 1. Mai 2011 wieder eine *MayDay-Parade* in Wien zu organisieren. Die VeranstalterInnen ließen verlautbaren: „Wir pfeifen auf die Karotte vor der Nase, die das schöne Leben versprechen soll. Wir sagen der Entsicherung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse den Kampf an. Am 1. Mai heißt es daher wieder: MayDay! MayDay! Auf zur Parade der Prekären! Die *MayDay-Parade* in Wien verbindet die Vereinzelt, stärkt die Verunsicherten und schafft Aktionsradius. Wehren wir uns gemeinsam!“

# Teuer bezahlte Meinungen

**Lobbyismus ist praktisch die einzige Möglichkeit, um in der EU-Politik mitzureden, sagt die Politologin Pia Eberhardt. Wie das funktioniert? Ein Interview.**

**PROGRESS:** *LobbyistInnen vertreten Firmeninteressen in der Kommission und im EU-Parlament. Was ist so schlimm daran?*

**EBERHARDT:** Lobbyismus ist nicht per se schlimm. Er bedeutet im Grunde nur die organisierte Vertretung von Interessen – also bestimmte Meinungen in das politische System einzubringen. Das hat es schon immer gegeben. Problematisch ist aber, welche Rolle der Lobbyismus auf EU-Ebene in Brüssel spielt. Dort spielt die Wirtschaft eine überdimensionale Rolle, sehr viel stärker als auf nationaler Ebene. Es gibt keine öffentliche Debatte auf europäischer Ebene, denn die spielt sich fast nur auf nationaler Ebene ab. Lobbyismus wird damit praktisch zur einzigen Möglichkeit, Inputs in das politische System einzubringen.

*Aber versuchen nicht auch Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft die EU-Politik zu beeinflussen?*

Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände sind zwar auch präsent, aber nicht so stark wie in der österreichischen Sozialpartnerschaft. Es gibt keine genaue Zahl, aber rund 70 Prozent der Lobbyisten in Brüssel vertreten Kapitalinteressen, das ist schon ein krasses Ungleichgewicht der Kräfte. Die andere Frage ist, um

welche Interessen sich der EU-Apparat überhaupt kümmert. Gehört zu werden, spielt eine große Rolle. In vielen Politikfeldern bindet die Kommission die Gewerkschaften einfach nicht ein, oder erst, wenn alles schon entschieden ist.

*Die Interessen von Industrie und Finanz dominieren also in Brüssel. Auf welche Art nehmen die LobbyistInnen dieser Branche in Brüssel Einfluss?*

Sie haben ein breites Arsenal an Instrumenten. Das geht von ganz normalen Treffen mit Beamten, Netzwerke aufbauen, Leute anrufen bis zum Verfassen von Positionspapieren. Gerade im Parlament ist es wichtig, Informationen auf wenig Raum und gut verständlich zusammenzufassen. Die Abgeordneten werden mit einem Wust an Entscheidungen konfrontiert; die Lobbyisten erklären ihnen kompakt auf einer DIN-A4-Seite, worum es bei dieser oder jener Abstimmung ihrer Meinung nach geht. Das macht außer ihnen sonst kaum jemand in Brüssel. Diese Informationen werden auch von den Beamten in der Kommission genutzt.

In ihrer Arbeit organisieren Lobbyisten zudem Vorträge und Veranstaltungen und geben vermeintlich wissenschaftliche Studien in

Auftrag, die in Insider-Medien im Umfeld der EU besprochen werden. Sie gestalten damit öffentliche Diskurse und bestimmen mit, was an den Stammtischen im Brüsseler EU-Viertel geredet wird.

*Auf welche Art unterscheiden sich solche Geflechte denn noch von Korruption?*

Wir wissen von einigen Fällen von Korruption. Etwa einem deutschen Beamten in der Generaldirektion Handel, dem britische Journalisten undercover hunderttausend Euro angeboten haben. Das ergab dann eine große Aufdecker-Story in der *Sunday Times*. Solche Fälle sind aber die Ausnahme. Es geht meist um ganz legale, institutionalisierte Einflussnahme. Trotzdem, in beiden Fällen spielt der Faktor Geld eine Rolle. Alle Lobbyisten arbeiten für Geld. Und natürlich haben diejenigen, die mehr Geld zur Verfügung haben, auch mehr Einfluss. So scharf würde ich die Grenze zwischen Korruption und Lobbyismus nicht ziehen.

*Die EU-Kommission formuliert die Gesetze, wird aber ständig von LobbyistInnen hofiert. Ist die Politik deswegen ein Opfer dieser Interessensvertretungen?*

Nicht immer, die Kommission organisiert sich zum Teil ihre eigenen Lobbystrukturen, dafür gibt es konkrete Beispiele. Etwa hat die Kommission bei großen Konzernen angefragt und europaweite Treffen von Industriebereichen ins Leben gerufen, die es vorher nicht gab. Denn wenn sie die Industrie im Boot haben, haben sie ein ganz wichtiges Druckmittel gegenüber einzelnen Mitgliedsstaaten, um ihre Vorschläge durchzusetzen. In vielen Fällen muss man sich das so vorstellen, dass die Kommission fast kollegial mit Lobbyisten von Konzernen zusammenarbeitet. Oft entstehen gemeinsame Positionen einer Branche erst, indem die EU-Kommission sie abfragt.

*Manchmal werden die PolitikerInnen nach ihrer Amtszeit selbst zu LobbyistInnen. Etwa sitzt nun der österreichi-*

*che Ex-Kanzler Wolfgang Schäussel im Aufsichtsrat des deutschen Atomkonzerns RWE. Gibt es das auch in Brüssel?*

Solche „Drehtür-Effekte“ gibt es in Brüssel noch viel häufiger als auf nationaler Ebene, weil es keinen öffentlichen Aufschrei gibt. Hohe Kommissionsbeamte regulieren oft heute noch einen bestimmten Bereich und arbeiten morgen schon im selben Feld für die Industrie. Das ist problematisch. Man fragt sich: Was hat der in seiner Zeit als Beamter getan, um den Job zu bekommen. Diese Leute nehmen ihre Netzwerke mit, die wissen genau, wer welche Kompetenzen hat und wie der Apparat funktioniert. Die Industrie will diese Leute haben.

*Die KapitalvertreterInnen haben aber nicht nur konkrete Interessen. Sie entwickeln auch Vorstellungen, wie es mit der Europäischen Union als Ganzes weitergeht. Wie sehen die aus?*

Es gibt bestimmte Gruppen, die strategisch planen. Die bekannteste ist der *European Round Table of Industrialists*, ein informeller Zirkel, der aus vier Dutzend Konzernchefs und einer Konzernchefin besteht. Er war ein entscheidender Vordenker für die Währungsunion, für die folgenden Marktliberalisierungen und für die Lissabon-Strategie. Er hat aber schon Jahre vorher begonnen, die Wettbewerbsfähigkeit als zentrales Konzept für Europa zu platzieren.

Gruppen wie diese haben die Kapazität, darüber nachzudenken, wo die Union in zwanzig Jahren stehen soll und ihre Botschaft in den politischen Raum zu streuen. Die Konzernchefs arbeiten ganz strategisch am Projekt Europa. Sie haben erkannt, dass es wichtig ist, Ressourcen für die langfristige Planung freizumachen. Bei linken Parteien und Gewerkschaften gerät das oft im Alltagsgeschäft unter die Räder.

*Das Interview führte Alexander Fanta.*

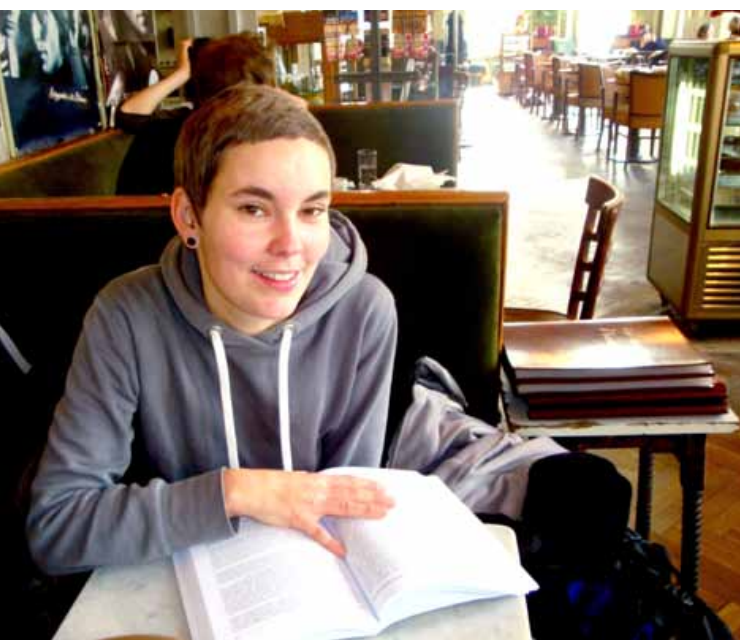


Foto: Fanta



Foto: Wallisch

Werden die UngarInnen  
mundtot gemacht?

# Medien und Macht: Wer kontrolliert wen in Ungarn?

Das ungarische Mediengesetz hat europaweit für Aufsehen gesorgt. Kritik und Proteste sowie Druck der Europäischen Union führten zu einer Abschwächung des Gesetzes. Ist die Medienfreiheit in Ungarn nun gerettet? PROGRESS hat sich die Entwicklung der letzten Monate genauer angesehen.

SOPHIE WOLLNER

**I**m Dezember letzten Jahres ging ein Aufschrei durch Europa: Das ungarische Parlament beschloss ein Gesetz, das durch eine von der Regierung eingesetzte Behörde den Medien genau auf die Finger schauen sollte – um bei Bedarf Strafen in die Wege zu leiten. Das Gesetz sah die Kontrolle staatlicher und privater Fernseh- und Rundfunksender, Zeitungen und Onlinemedien vor und verankerte die Medienbehörde in der Verfassung. Während das Parlament in Budapest das Gesetz beschloss, demonstrierten auf der Straße etwa 1.500 Studierende und Medienschaffende. Aber nicht nur die direkt Betroffenen wehrten sich: In ganz Europa wurde Kritik laut – nicht zuletzt weil Ungarn mit 1. Jänner die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernehmen sollte.

**Zensur mit Zweidrittelmehrheit.** Der kurz vor Weihnachten beschlossene Gesetzestext sollte – so die Sorge der KritikerInnen – Zensur durch eine neue Medienbehörde ermöglichen. Medienschaffende mussten mit Geldstrafen von bis zu 90.000 Euro bei Verstoß gegen Richtlinien wie den Zwang zur „Ausgewogenheit“ oder die Erfüllung von „Informationspflichten“ rechnen. Der Staat sollte nicht nur öffentlich-rechtliche Medien – wie in mehreren EU-Ländern üblich – kontrollieren, sondern auch in den privaten Medienbetrieb eingreifen. Die Behörde wird direkt von der Regierung besetzt. Aktuell verfügt die konservative Partei Fidesz unter dem Vorsitz Viktor Orbans über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und kann daher beinahe ohne Einschränkungen bestimmen. Die Gefahr dieses Gesetzes liegt in ebendieser unkontrollierten Entscheidungsfreiheit der Regierungspartei. Denn wer nicht „ausgewogen“ berichtet, dem/der drohen Geldstrafen die ein Medienunternehmen ruinieren können. Und was „ausgewogen“ heißt, obliegt dem umstrittenen Medienrat, den die Regierung besetzt. Orbans Politik folgend soll „ausgewogen“ nicht „kritisch“ heißen. Genau das ist aber die Aufgabe freier Me-

dien in einer Demokratie: eine kritische Berichterstattung.

**Europäische Kritik.** Dass ein solches Gesetz in einem Mitgliedsland der EU verabschiedet wurde, sorgte für Aufsehen. Denn Demokratie und Freiheit – also auch Medienfreiheit – zählen zu den Grundwerten der EU, verankert in der Charta der Grundrechte. Verstärkt wurde die europäische Aufmerksamkeit – für einige BeobachterInnen später als erhofft – durch die ungarische Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011. In der ersten Sitzung des Europäischen Parlaments im Jänner wollte Präsident Orbán sein Arbeitsprogramm vorstellen – und musste den EU-Abgeordneten Rede und Antwort stehen. Martin Schulz, Präsident der Fraktion der *SozialistInnen und DemokratInnen* (S&D), sprach vom Stellenwert der Medienfreiheit. „In einer Demokratie kontrollieren die Medien die Macht und nicht die Macht die Medien,“ so Schulz in der Plenarsitzung am 19. Jänner. VertreterInnen der Grünen protestierten, indem sie mit Pflastern auf ihren Lippen Zettel mit der Aufschrift „censored“ (zensiert) in die Höhe hielten. Von Seiten der Europäischen Kommission wurde eine genaue Prüfung angekündigt und bereits auf problematische Aspekte hingewiesen. Die Europäische Volkspartei, die Orbans Fidesz zu ihren Mitgliedern zählt, hielt sich mit Kritik zurück. Orbán selbst sah Angriff als die beste Verteidigung. Er mahnte ein, dass die EU sich nicht in innenpolitische Angelegenheiten Ungarns einmischen sollte und kündigte an: „Wenn Sie das tun, bin ich zum Kampf bereit.“ Das würde dann nicht nur Ungarn schaden, sondern der EU. Welche Kampfmaßnahmen er in Betracht ziehen würde, ließ er allerdings offen.

**Bewegung.** Nicht nur die europäische Politik-Elite blieb bei ihrer Kritik. In Budapest und anderen ungarischen Städten demonstrierten weiterhin Tausende gegen das Gesetz, via Social Networks formierte sich breiter Protest. Die zuständige EU-Kommissarin für die „Digitale Agenda“, Neelie Kroes, forderte Änderungen ein und trat mit ungarischen

EntscheidungsträgerInnen in Dialog. Am 16. Februar kündigte sie an, dass es Verbesserungen geben würde: Beispielsweise wurde die Pflicht zur „Ausgewogenheit“ auf Rundfunk und Fernsehen beschränkt, neue Einrichtungen müssen sich erst im Nachhinein – nicht wie ursprünglich geplant im Vorhinein – registrieren lassen. Der Medienrat bleibt allerdings bestehen. Die Abgeordnete Maria Badia (S&D) ist weiterhin besorgt: „Unabhängige Medien sind der Schutz für die Demokratie, eine Kontrollbehörde, deren Medienrat nur durch die Regierung besetzt wird, birgt die Gefahr der Zensur.“ Für die Europäischen Grünen hat Kommissarin Kroes nicht genug erreicht, denn nach wie vor sei die Freiheit der Medien in Gefahr, so die Kritik in der Plenarsitzung.

Auch für Gabor Horvath, stv. Chefredakteur bei der großen ungarischen Zeitung *Nepszabadsag*, gehen die Änderungen nicht weit genug: Nur vier der 226 Absätze wurden einer Änderung unterzogen. Bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament Anfang März betonte er die Wichtigkeit der internationalen Reaktionen und der Kritik. Dennoch seien die Änderungen, die gemeinsam mit VertreterInnen aus Brüssel erarbeitet wurden, nicht ausreichend: „Das Mediengesetz ist nur ein Symptom, es ist nicht die Krankheit an sich und kann nicht geheilt werden.“

Das modifizierte Gesetz wurde am 7. März mit den Stimmen der Regierungspartei *Fidesz* beschlossen – die Opposition stimmte dagegen.

**Außer Kontrolle?** Macht und Medien – wer in Ungarn wen kontrolliert, bleibt weiterhin unkämpft. Dass der Kampf seit Dezember nicht in Ungarn allein geführt wurde, hat sicher zur Modifizierung des Gesetzes beigetragen. Zivilgesellschaft und europäische Politik haben sich eingeschaltet – nicht zuletzt, weil Ungarn gerade die EU-Präsidentschaft führt. Aber abseits vom Kampf für die Medienfreiheit, der noch nicht ausgestanden ist, bleibt zu diskutieren, wie weit die EU überhaupt (stärker) in nationale Gesetzgebung eingreifen soll. Regierungschefs wie Orbán wehren sich dagegen. ◀

Die Autorin studierte Germanistik in Wien.

Die Festung bekommt Risse.



Foto: Wallisch

## Mit Kairo und Tripolis fällt auch Dublin

**Von Libyen bis nach Bahrein: Mit den implodierten arabischen Diktaturen bröckelt auch die EU-Asylpolitik. Europa hat die Aufstände erst angefeuert, aber jetzt, wo sich tausende am Massengrab Mittelmeer versuchen, macht die EU die Schotten dicht. Das Wettrennen um das inhumane Asylgesetz kann nur ein gemeinsamer europäischer Kraftakt beenden.**

PAUL AIGNER

Amin K. hat ein Problem: Den 19-jährigen Mann, der in Innsbruck lebt, gibt es eigentlich nicht. Zumindest nicht in der Welt der Behörden. Er macht sich durch seine bloße Existenz strafbar. Vor drei Jahren ist sein Asylantrag abgelehnt worden. Seitdem ist Amin K. illegal in Österreich. Mittlerweile würde er gerne zurück nach Marokko. Doch das Königreich will nichts mit dem 19-Jährigen zu tun haben. Er darf nicht ausreisen und in Österreich darf er keiner Polizeistreife über den Weg laufen. Im Jahr 2010 haben sie ihn 22 Mal erwischt. Die zu bezahlende Strafe von insgesamt 8.000 Euro wurde entweder von UnterstützerInnen gespendet oder von Amin im Gefängnis abgessen.

14 Kilometer, so weit wie von der Wiener City nach Schwechat, trennen Zehntausende wie Amin K. in Auffanglagern an der Mittelmeerküste von Europa. Für manche ist es das neue Amerika, für andere eine Frage von Leben oder Tod. Über 70.000 Menschen versuchen jährlich, auf dem Seeweg einzureisen. Doch der Wassergraben wird von Wachschiffen durchkämmt. Die Turmwache der Festung Europa ist die EU-Grenzschutzagentur *Frontex*. Wer aufgegriffen wird, ist vogelfrei: Die 112 *Frontex*-Schiffe, 25 Hubschrauber und 21 Flugzeuge sind nicht an die Europäische Menschenrechtskonvention gebunden. Wenn sie Boote aufgreifen, müssen sie nicht überprüfen, ob die Flüchtlinge schutzbedürftig sind. Die Agentur darf sie nach Belieben „umleiten“, wie es im BürokratInnensprech heißt. Über 6.000 Menschen hat *Frontex* 2008 laut offiziellen Statistiken abgefangen und in ihre Herkunftsländer zurückgebracht, ohne einen Einzelfall zu prüfen. Ihre geographischen Grenzen sind längst auch die Grenzen der Werte, die in den Erklärungen und Resolutionen der Union stehen. Der Wassergraben wird zum Massengrab: Tausende ertrinken jedes Jahr beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Die Vorposten brechen zusammen. Damit *Frontex* nicht die ganze schmutzige Arbeit alleine machen muss, haben die EU-Staaten eng mit Despoten kooperiert, die Nordafrika bis

vor kurzem in ihrer Gewalt hatten. 3,4 Milliarden Euro im Jahr wanderten seit 2009 von Rom nach Tripolis. Als Gegenleistung versprach der strachelnde Muammar Al-Gaddafi, Italien die Flüchtlinge vom Leib zu halten. Auch die EU bezahlte für das schmutzige Geschäft. Je 50 Millionen Euro überwies Brüssel Gaddafi in den vergangenen beiden Jahren zum gleichen Zweck. Für ein Regime, das dem Flüchtlingsdienst der Vereinten Nationen ein Mandat verweigert und die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert hat. Scharfe Worte gab es dafür vom *Amnesty-International*-Generalsekretär Heinz Patzelt. Dass Italien bei der Kooperation „wissentlich die Missachtung der Menschenrechte von Flüchtlingen in Kauf genommen“ habe, sei ein Modell, das die EU nicht übernehmen dürfe.

Doch das Outsourcing der Menschenrechtsfrage ist schon lange Agenda der Union, die einheitliche EU-Flüchtlingspolitik seit jehrer Spielball nationaler Interessen: Das „Dublin II-Abkommen“ ist verantwortlich für das unwürdige Ping-Pong-Spiel mit Flüchtlingen. Seit 2003 ist jener Staat für das Verfahren zuständig, in dem ein Flüchtling erstmals EU-Boden betreten hat. Für Länder ohne Mittelmeerküste oder ohne EU-Außengrenze eine komfortable Situation: Deutschland, Großbritannien und Frankreich werden einen Teufel tun, freiwillig mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Für die Betroffenen bedeutet das lange Verfahren und dann Kettenabschiebungen. Schließlich landen sie etwa in Griechenland, wo die Zustände in den Asylslagern so katastrophal sind, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte jüngst die Abschiebung eines Afghanen von Belgien auf den Peloponnes rückgängig gemacht hat. Das war erst der erste Streich: 960 weitere Klagen liegen in Straßburg. Für die EU-Flüchtlingspolitik bedeutet das Urteil einen Paradigmenwechsel: Denn erstmals ist eine Dublin-konforme Maßnahme aufgrund der Menschenrechte rückgängig gemacht worden. Die Dublin-Verordnung könnte unter dem Druck der neuesten Entwicklungen in Nordafrika überhaupt fallen. EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström spricht bereits von einem „besonderen Wind im Mittelmeerraum.“

**Risse in der Festung.** Ein Zaun soll bald die 206 Kilometer lange griechisch-türkische Grenze am Festland sichern. Den gibt es, in dreifacher Ausführung, bereits um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko. 2005 haben Flüchtlinge versucht, den ersten Zaun zu überwinden, um in Afrika auf europäischem Boden zu landen. 14 starben dabei, hunderte wurden festgenommen und in der Wüste ausgesetzt. Ihr Verbleib: unbekannt. Die Befestigung ist aber auch ein strukturelles Menschenrechtsdesaster. Denn jeder neue Zaun ist Wasser auf die Mühlen der Schlepper und der Menschenhändler.

Der Riss geht bis in die EU-Institutionen. Während die Kommission wenige Tage vor dem Zusammenbruch des libyschen EU-Außenpostens ein Rücknahmeübereinkommen verhandelte, protestierte das EU-Parlament heftig – und biss auf Granit. Denn die Kommission verwies darauf, dass die VertreterInnen der Nationalstaaten im Europäischen Rat massiven Druck ausübten, um dieses Übereinkommen durchzusetzen. Eine solidarische europäische Asylpolitik scheitert also nicht an Brüssel und Straßburg, sondern an Wien, Berlin, Paris und London. Seit dem ersten Treffen 1999 im finnischen Tampere, das ein gemeinsames Asylwesen einleiten sollte, steht die immer gleiche Frage im Zentrum. Teilen sich die Mitgliedsstaaten die Kosten der Betreuung und Unterbringung von AsylwerberInnen oder soll es Quoten geben, also eine Aufteilung der Flüchtlinge auf die Unionsländer? Weil es darüber keine Einigung gibt, ist ein gemeinsames Verfahren in weite Ferne gerückt. Dabei wäre das unbestritten ein humanitärer Fortschritt: Denn mit einem einheitlichen Verfahren wäre Schluss mit dem Wettlauf der InnenministerInnen um das strengste Asylgesetz Europas.

Solange die jungen AraberInnen ihre Diktatoren unter Einsatz ihres Lebens bekämpften, waren sie willkommene Gäste auf den Fernsehschirmen in europäischen Wohnzimmern. Mit ihrem Sieg über die Vorposten der Festung Europa haben sie auch das systematische Outsourcing der Menschenrechtsfrage auf die Tagesordnung der europäischen Politik gesetzt. ◀

Der Autor studiert Politikwissenschaften in Innsbruck.

# DOSSIER



## Paläste in Schutt und Asche

Wie sich Nordafrika von seinen Despoten befreit

# Die Diktaturen brennen

Thomas Schmidinger analysiert die Aufstände und Revolutionen im arabischen Raum

THOMAS SCHMIDINGER

Die ganze Welt diskutiert über ein Thema: Was sind die Gründe für die revolutionären Bewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten? Was brachte die Menschen dazu, nach Jahren der Ohnmacht gegen ihre HerrscherInnen aufzustehen? Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die Aufstände nicht nur ein Schrei nach mehr Demokratie sind, sondern auch soziale Forderungen beinhalten. Allerdings sind die Bedingungen und der Charakter der Oppositionsbewegungen in den einzelnen Staaten genauso unterschiedlich wie die Reaktionen der jeweiligen Regime.

Der aktuelle Aufstand ist jüngst oft mit dem Zerfall des Sowjetimperiums 1989 verglichen worden. Das geht aber aus mehreren Gründen ins Leere. Bei der Arabischen Welt handelt es sich um keinen einheitlichen Machtblock, in dem tatsächlich eine Kettenreaktion ausgelöst werden kann. Es handelt sich um unterschiedliche autoritäre Herrschaftssysteme, die nicht alle in der gleichen Form implodieren wie die von Moskau kontrollierten osteuropäischen Satellitenstaaten 1989. Damit verlaufen auch die Protestbewegungen in

Libyen oder Bahrain nicht notwendigerweise ähnlich erfolgreich wie die in Tunesien oder Ägypten.

**Neoliberale Politik.** Außerdem, ebenfalls ein Unterschied zu 1989, erschöpfen sich die Ursachen für die Revolution und die Ziele der heterogenen Oppositionsbewegungen keineswegs in liberalen und demokratischen Forderungen, sondern sind eng mit sozialen Anliegen verbunden. Vor allem die ersten beiden erfolgreichen Revolutionen in Tunesien und Ägypten waren Erhebungen, die sich gegen die neoliberale Deregulierungspolitik der letzten 20 Jahre gerichtet haben.

Hatten die autoritären arabischen Sozialstaaten der 1960er-Jahre der ArbeiterInnenklasse und der Landbevölkerung noch den Aufstieg in die Mittelschicht versprochen, so wurde diese Hoffnung durch die ökonomische Deregulierung zugunsten regimetreuer Kapitalisten zerstört.

**Politisch dumm.** Mittel- und langfristige gedacht war das aus Sicht der alten Regime dumm: Die Hoffnung auf sozialen Aufstieg bildete nämlich das Kernstück dessen, was in der Politikwissenschaft als autoritäre bargain bezeichnet wird. Das meint

den unausgesprochenen Kuhhandel eines Regimes mit der Bevölkerung. Letztere tauscht ihre politische Freiheit gegen sozialen Aufstieg in einem Wohlfahrtsstaat ein.

Wenn nun alle Illusionen eines Aufstiegs durch eine globale Wirtschaftskrise zu Nichte gemacht werden und eine ganze Generation junger Menschen von Arbeitslosigkeit bedroht ist, dann erfüllen Regierungen ihren Teil dieses „Geschäfts“ nicht mehr und verlieren ihre Legitimität. Viele junge Menschen konnten es sich nicht mehr leisten, eine Familie zu gründen, was in konservativ islamischen Gesellschaften oft die einzige Möglichkeit ist, seine Sexualität auszuleben.

Die Proteste in Tunesien, die am Beginn der Umsturz-Welle standen, verknüpften von Anfang an soziale mit demokratischen Forderungen. Der Bewegung der arbeitslosen Unterschichten schlossen sich bald verschiedenste Jugendliche und Gewerkschaften an. Ohne die Gewerkschaften, die sich in Tunesien auch unter dem Regime Ben Alis eine relative Autonomie erhalten konnten, wäre es dem Regime vermutlich noch einmal gelungen, die Proteste niederzuschlagen.

Erst als der Gewerkschaftsdachverband UGTT erfolgreich zum Ge-

neralstreik aufgerufen hatte, sah sich Ben Ali gezwungen, das Feld zu räumen. Die Gewerkschaften waren es auch, die nach der Flucht Ben Alis schnell eine Gegenmacht organisieren konnten. Ihre Arbeit treibt die Revolution voran. Bisher ist es gelungen, die sozialen und demokratiepolitischen Forderungen zu verbinden. Jugendliche, MenschenrechtsaktivistInnen und ArbeiterInnen ziehen an einem Strang.

**Die Revolution schützen.** Von der Liberalisierung des politischen Klimas profitieren selbstverständlich auch die organisierten Vertreter des politischen Islam. Sie konnten aus dem Exil zurückkehren und werden nicht mehr in den Kellern des Regimes gefoltert. Politisch konnten bislang in Tunesien jedoch weder die *an-Nahda* noch andere islamistische Gruppierungen auch nur einen Achtungserfolg erzielen. Stattdessen rufen die Gewerkschaften zur Bildung eines „Rats zum Schutz der Revolution“ auf, der die neue Regierung überwachen soll. Die organisierte Basis der Bevölkerung soll nun dafür sorgen, dass die Reste des alten Regimes die Bevölkerung nicht um die Revolution betrügen.

Auch die Proteste in Ägypten gingen von säkularen Jugendbewegungen und ArbeiterInnen aus, die ihre Widerstandsgruppen oft nach Opfern des Regimes benannten. „Wir sind alle Khaled Said“ hieß eine Organisation in Anspielung auf einen von der Polizei ermordeten Blogger. Die „Jugendbewegung des 6. April“ hat sich nach dem 2008 von der Polizei brutal niedergeschlagenen Streik der ArbeiterInnen von *al-Mahalla al-Kubra* benannt. Diese Namen sind programmatisch. Der Kampf um Menschenrechte und Demokratie ist für die säkularen Jugendbewegungen direkt verbunden mit dem Kampf für soziale Rechte und gegen Arbeitslosigkeit und eine

## KOMMENTAR DER REDAKTION

Ein Mann zündet sich in Tunesien an, weil die Polizei das Obst und Gemüse beschlagnahmt, das er ohne Lizenz auf seinem Marktstand feilgeboten hat. Knapp zwei Monate später sind die Präsidenten Tunesiens und Ägyptens im Orkus der Geschichte verschwunden. Die Umwälzungen im arabischen Raum haben die geopolitische Landkarte der internationalen Machtbeziehungen über den Haufen geworfen. Das vorliegende Dossier beginnt mit einer Analyse des Politologen Thomas Schmidingers, der die Ereignisse aus der Metaperspektive betrachtet. Das Gegenteil davon machte Mar-

tina Burtscher, die sich für das **PROGRESS** in das Revolutionsgewusel in Kairo gemischt und ein Interview und eine Reportage verfasst hat. Weitere spannende Hintergründe zum Thema liefern Texte von Anna Elmer und Vinzent Rest. Besonders hervorheben möchten wir die Bebilderung des Dossiers: Sie stammt von Gianmaria Gava, der unter anderem für die renommierte Wochenzeitung *Die Zeit* arbeitet und sich für die Bilder dieses Dossiers nach Tunesien aufmachte, um die verwüsteten und geplünderten Villen der alten Herrschaftskaste zu fotografieren.

red ◀

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶



neoliberale Wirtschaftspolitik, die jede echte gewerkschaftliche Organisation verhindert.

Während es in Ägypten im staatlichen und ehemals staatlichen Sektor eine von Regierungsfunktionären durchgesetzte „gelbe Gewerkschaft“ gab, wurde im Privatsektor jegliche Gewerkschaftsarbeit sabotiert. Selbstorganisierte so genannte „wilde Streiks“ wurden seit Jahren von bezahlten Schlägern brutal unterdrückt. Dass sich am 30. Januar dieses Jahres auf dem Midan Tahrir mit der Federation of Egyptian Trade Unions ein unabhängiger Gewerkschaftsverband gründen konnte, ist ein deutliches Zeichen der neu gewonnenen Stärke der ArbeiterInnenbewegung.

Auch in Ägypten spielen ähnlich wie in Tunesien die neuen unabhängigen Gewerkschaften eine entscheidende Rolle in der Abwehr konterrevolutionärer Restaurationsversuche. Sie organisieren ArbeiterInnen, Angestellte, Universitätsangehörige und LehrerInnen, um für konkrete Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Aber auch der Kampf um die Rechte der Frauen hat erst begonnen, wie Angriffe von Männern auf eine Demonstration am Internationalen Frauentag am Midan Tahrir zeigten.

**Muslim-Bruderschaft.** Für die neu errungenen Freiheiten sind die konterrevolutionären Bestrebungen des alten Regimes mindestens ebenso gefährlich wie die von internen Richtungskämpfen zerrüttete Muslim-Bruderschaft. Sie verfügt in Ägypten zwar über mehr Unterstützung als in Tunesien, hat aber keine Chance, die Macht allein an sich zu reißen.

In Libyen sieht die Lage anders aus: Dass Diktator al-Gaddafi nicht leicht zu stürzen sein wird, war durchaus absehbar. Gaddafi, der seit 42 Jahren besonders brutal und repressiv regiert, weigert sich bekanntlich hartnäckig, zurückzutreten. Seine Ankündigung, „bis zur letzten Kugel zu kämpfen und not-

falls als Märtyrer zu sterben“, dürfte ernst gemeint sein. Die Revolution gegen den greisen Revolutionsführer ist mittlerweile zum Bürgerkrieg geworden.

In einem Staat, der viel stärker als seine östlichen und westlichen Nachbarn von tribalen Loyalitäten geprägt ist, ist auch ein Auseinanderbrechen des Landes oder eine „Warlordisierung“ im Zuge langwieriger Konflikte zu befürchten. Innerhalb der heterogenen Oppositionsbewegung würde dies vermutlich autoritäre Kräfte stärken.

Gestützt wurde das libysche Regime in den vergangenen Jahren auch von Europa, das einer der Hauptabnehmer des libyschen Öls war, Gaddafi für die Abwehr afrikanischer Flüchtlinge belohnte und das Regime mit den Waffen belieferte, mit denen nun im Bürgerkrieg geschossen wird.

Auch im Jemen konnte Präsident Ali Abdullah Salih die Proteste bislang noch nicht beruhigen – trotz seiner Zugeständnisse an die DemonstrantInnen und der Ankündigung, 2013 nicht mehr als Präsident kandidieren zu wollen. Obwohl die Demonstrationen im Jemen von urbanen Jugendlichen und MenschenrechtsaktivistInnen, darunter auch viele Frauen, getragen werden, ist auch der Jemen gefährdet, in einen Bürgerkrieg abzugleiten. Es gibt im Land eine langjährige Konfliktgeschichte mit schiitischen RebellInnen im Norden, SeparatistInnen

im ehemaligen Südjemen und mächtigen rivalisierenden Stämmen.

**Tote in Irakisch-Kurdistan.** Das Regime in Bahrain reagierte bislang mit brutaler Gewalt gegen die Protestbewegung der mehrheitlich schiitischen Bevölkerung, die seit Jahrzehnten politisch und ökonomisch vom sunnitischen Königshaus und seiner Elite unterdrückt wird. Nach fünf Toten und Dutzenden Schwerverletzten am 18. Februar versucht König Hamad bin Issa al-Chalifa (im Gegensatz zu Gaddafi) die Lage zu beruhigen, etwa durch die Freilassung von mehr als 300 verhafteten Oppositionellen. Die Proteste gehen allerdings weiter.

In Algerien und Saudi-Arabien gelang es den Regimen bis dato, die Protestbewegungen weitgehend zu unterdrücken. Allerdings kommt es auch hier, gleich wie in Marokko, Mauretanien, Jordanien, im Sudan, im Oman und selbst in Irakisch-Kurdistan, immer wieder zu Protesten und schweren Ausschreitungen.

Am 17. Februar dieses Jahres schossen bei Protesten in Suleymania, der zweitgrößten Stadt Irakisch-Kurdistans, Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung in die demonstrierende Menge, wobei der 14-jährige Rezhwan Ali getötet und über 50 ZivilistInnen verletzt wurden. Seither wird die Region von Protesten durch Jugendliche erschüttert, während die Regierung

immer repressiver gegen Oppositionelle vorgeht. Anfang März begannen auch in Bagdad und Basra im Süden des Irak Proteste gegen die Zentralregierung, die acht Jahre nach dem Irak-Krieg nach wie vor unfähig ist, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern.

Auch wenn die Erfolgsaussichten der Protestbewegungen in den einzelnen Staaten so unterschiedlich sind wie die Bewegungen selbst, so kann heute schon gesagt werden, dass die Arabische Welt sich derzeit nachhaltig verändert. Selbst dort, wo es klügere Herrscher schaffen, sich durch Reformen an der Macht zu halten, werden die politischen und ökonomischen Systeme nachhaltig reformiert werden müssen. Was sich bei allen Unterschieden als gemeinsamer Nenner herauskristallisiert, ist die Wut der jüngeren Generation über ihre Perspektivlosigkeit in autoritären politischen Systemen. Die Jugendlichen sind zornig und empört, weil der Wohlstand von kleinen Gruppen von Familienclans und UnternehmerInnen abgeschöpft wird. Die unterschiedlichen Protestbewegungen sind sich darin einig, dass sie diese ausbeuterischen und autoritären Systeme nicht mehr wollen. Was genau an ihre Stelle treten wird, muss jedoch erst erstritten werden. ◀

# Die Revolution beginnt jetzt

**Mahmoud Salem (29) alias Sandmonkey bloggt und twittert seit Jahren gegen das Mubarak-Regime. Seinen Job hat er bei Ausbruch der Proteste gekündigt, um sich voll auf die Umwälzungen in Ägypten zu konzentrieren.**

**PROGRESS:** Am 25. Jänner, dem ersten Tag der Proteste, warst du am Tahrirplatz. Was waren deine Erwartungen?

**SALEM:** Einen Tag zuvor habe ich mich noch darüber lustig gemacht. Aber am 25. hatte ich frei, also marschierte ich mit. „Yalla – let's go play with the police“, das war mein letzter Tweet.

*Gab es irgendwann einen Punkt, an dem für dich das Ende von Mubarak klar absehbar war?*

Ja, das Interview mit Wael Ghonim (Internet-Aktivist und Google-Marketing-Direktor in Ägypten, Anm.).

ruption herumschlagen, eine neue Verfassung ausarbeiten und vieles mehr.

*Immerhin es gibt schon einen Entwurf für die neue Verfassung.*

Ja, aber wir können mit dem neuen Entwurf nichts anfangen. Damit wird nicht an der alten Machtelite gerüttelt und es können keine neuen Institutionen entstehen. Die Armee will Stabilität, das sollte man nicht mit Demokratie verwechseln.

*Wie aktiv war die StudentInnenbewegung während der Proteste?*

*Warum hat die Führungselite der Muslimbrüder mit dem Regime verhandelt?*

Ex-Geheimdienstchef Omar Suleiman hat die Muslimbrüder zu Verhandlungen eingeladen. Darauf sind sie angesprungen, weil es ihnen Legitimität gibt. Seither gibt es einen Generationenkonflikt zwischen den Muslimbrüdern.

*Gibt es in Ägypten noch eine Pro-Mubarak-Fraktion?*

Ja, eine kleine, leise Minderheit. Sie waren schon immer korrupte Opportunisten und das bleiben sie auch. Aber diese Leute sind immer noch wichtig, sie haben viele Beziehungen und noch viel mehr Geld. Aber einige von ihnen sind auch bereits hinter Gittern.

*Dem Militär gehört ein beträchtlicher Anteil der ägyptischen Wirtschaft. Man spricht von 20 Prozent. Was passiert mit den Militärbetrieben?*

Das ist genauso wie mit den unter Terroristen-Verdacht stehenden internationalen Gefangenen, um die sich das ägyptische Militär für die USA „kümmert“. Was in den Händen des Militärs ist, wird nicht angerührt. Wir mögen das Militär nicht, aber die meisten Leute in Ägypten sehen es als stabilisierende Kraft.

*Was war während den Demonstrationen in deiner Nachbarschaft los?*

Ich lebe in Heliopolis, unweit vom Präsidentenpalast in Kairo. Das waren die schillerndsten Proteste überhaupt. Es waren wirklich alle Schichten vertreten.

*In internationalen Medien war die Rede von tausenden Häftlingen, die vom alten Regime freigelassen wurden.*

Ja, die Polizei ließ sie laufen. Viele der angeblichen Häftlinge waren Polizeiprovokateure. Ziel des Regimes war es, das Land in ein völliges Chaos zu stürzen. Die politische Landschaft hier ändert sich von Sekunde zu Sekunde. Unsere Aufgabe als Blogger ist es, Leute zu informieren. Wir haben ein gutes Netzwerk.

*Während der letzten Tage haben Demonstrierende viele Gebäude der Staatsicherheit gestürmt.*

Ja, ich war mit dabei. Wir haben nach Akten und politischen Häftlingen gesucht. Bevor der letzte Premier sein Amt verlassen hat, wurden dort viele Akten vernichtet. Wir haben Akten an den Militärkontrollen vorbeigeschmuggelt, weil wir dem Militär nicht trauen.

*Warum traut ihr dem Militär nicht?*

Die Armee hat ganz einfach nicht die Kapazität, zwei Aufgaben gleichzeitig zu übernehmen. Sie kann das Land entweder verteidigen oder verwalten. Aber nicht beides.

*Das sind nicht gerade optimistische Aussichten für die Zukunft Ägyptens.*

Ich glaube, es wird große Zusammenstöße zwischen verschiedenen politischen und religiösen Gruppierungen geben. Dieses Land hat die Bedeutung von Demokratie noch nicht verstanden.

*Für August 2011 sind die ersten freien Präsidentschaftswahlen geplant. Ist das zu früh?*

Kann sein. Im Moment konzentrieren sich die Leute auf berühmte Gesichter wie Amr Moussa, den ehemaligen Präsidenten der Arabischen Liga. Aber man sollte jemanden aufgrund seines Programms wählen und nicht, weil er berühmt ist.

*Wäre nicht jetzt der beste Zeitpunkt, um Aufgaben in der neuen politischen Landschaft zu übernehmen?*

Ja, vielleicht, aber ich will nicht an der Front von irgendeiner politischen Fraktion stehen. Jeder, der das jetzt macht, wird verheizt. Die Leute haben einfach zu viele Erwartungen an die nächste Regierung. Die intelligenten Leute warten. „Politik ist wie ein Fußballspiel. Noch sind wir alle damit beschäftigt, ein neues Stadion aufzubauen. Aber bald müssen wir gegeneinander spielen, dann wird es wirklich interessant.“

*Das Interview führte Martina Burtscher.*



Foto: Gava / represented by Anzenberger Gallery

Zu Beginn der Proteste wurde er inhaftiert. Danach hat er ein Interview gegeben und Bilder von Toten im Internet gezeigt. Das war auch der Punkt, an dem die meisten Leute auf die Seite der Demonstranten übergelaufen sind.

*Mubarak ist Geschichte, können sich die ÄgypterInnen nun beruhigt zurücklehnen?*

Nein, auf keinen Fall. Den einfachen Teil haben wir hinter uns. Die wirkliche Revolution hat gerade erst begonnen. Jetzt müssen wir uns mit 30 Jahren institutioneller Kor-

Gar nicht, viel aktiver waren die Mitglieder der jungen Muslimbrüder und Fußballfans. Die Hooligans kennen sich am besten mit Straßenschlachten aus.

*In Europa hatten viele den Eindruck, dass die Muslimbrüder von den ganzen Ereignissen überrumpelt wurden?*

Die jungen Muslimbrüder waren mit dabei auf den Straßen. Aber die alte Riege hat sich zunächst von den Protesten distanziert. Sie hatten Angst, nachher dafür beschuldigt zu werden.

# Blutige Einheit

Die Gefahr wächst, dass in Ägypten nach der erfolgreichen Revolution ein Bürgerkrieg ausbricht. Eine Reportage aus Kairo.

MARTINA BURTSCHER

**D** Der verzweifelte Unterton der Prediger am Tahrirplatz war nach dem Freitagsgebet nicht zu überhören. „Eine Hand, ein Land, ein Volk, ein Ägypten“. Erst nach dem Gebet lösten ChristInnen ihre seit Tagen andauernde Sitzblockade vor dem staatlichen Fernsehgebäude auf, um sich der Kundgebung am Tahrirplatz anzuschließen.

Das Bild von der Einheit der ägyptischen Revolution hat seit den jüngsten Zusammenstößen grobe Risse bekommen. Nur wenige Kilometer vom Tahrirplatz – dem Platz der Freiheit – lieferten sich ChristInnen und MuslimInnen blutige Straßenschlachten. Die Armee habe viel zu spät eingegriffen, hört man überall.

Seit Beginn der interreligiösen Auseinandersetzungen sind 16 Menschen ums Leben gekommen. Dutzende wurden verletzt. Begonnen hat alles mit einem harmlosen Sitzstreik der ChristInnen gegen die Zerstörung einer Kirche in Soul, im Süden von Kairo.

Zentrum der Auseinandersetzungen waren zwei Viertel um Kairo's Zitadelle, Sayyeda Aisha, ein muslimisch geprägtes Armutsquartier und Moqattam, die Müllstadt der koptischen ChristInnen. Es sind die armen und bildungsferneren Schichten, die hier kämpfen. Sie haben keine Zeit mehr, auf ein besseres Leben zu warten. Einem vereinigten Ägypten stehen sie pessimistisch gegenüber.

Die KoptInnen fühlen sich zunehmend bedroht. Die Minderheit, die zehn Prozent der 90 Millionen ÄgypterInnen ausmacht, hat Angst, durch die neue Verfassungsreform gänzlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

**Ägypten für alle!** „Wir sind ein Land. Ägypten für uns alle“, mahnen Transparente überall in der Stadt. „Ägypten ändert sich und ich mich auch“, wiederholen sämtliche Fernsehkanäle gebetsmühlenartig in den Werbepausen.

Aus dem übertriebenen Bild der Einheit, das rundherum konstruiert wird, spricht Angst. Angst, dass der Fundamentalismus auf beiden Seiten überhand nimmt, gepaart mit der Ungewissheit darüber, ob im Untergrund noch Zellen der Mubarak-Diktatur an einem Bürgerkriegsszenario arbeiten.

„Divide et impera“ ist auch in Ägypten ein altes Herrschaftsprinzip: Wer sich an der Macht halten will, gießt Öl in das ohnehin flackernde Feuer interreligiöser Konflikte. Sollte es alten Mubarak-Schergen gelingen, dem Militär den Schwarzen Peter zuzuschieben, dann sind alle Zutaten für einen Bürgerkrieg perfekt gemischt.

„Schau genau auf die eingravierten Schriftzeichen der Patronenhülsen“, sagt Milad. Auf dem vom Feuer der Angriffe rauchenden Hügel von Moqattam scheint der junge Mann geradezu auf JournalistInnen zu warten. „Du musst der Welt erzählen, was hier wirklich passiert, wir brauchen dringend Hilfe“, redet er immer wieder auf mich ein. Am Fuße des Hügels hat das Militär nun alles abgeriegelt.

Auf den herumliegenden Patronen sind die arabischen Kürzel für „Vereinigte Republik Ägypten“ zu erkennen. Somit sind sie ganz klar als Geschosse des Militärs zu identifizieren. Verletzte schleichen die Straße entlang. „Siehst du, wir werden hier nicht nur von den Muslimen, sondern auch vom Militär angegriffen, das ist alles dasselbe Pack“, sagt der Christ David, der sich zur Runde gesellt hat. Um die Ecke biegt ein verschrammter Peugeot. Tränenüberströmt stürzt eine junge Frau aus dem Taxi, bricht am Boden zusammen. Alle weiteren Fragen erübrigen sich. „Dann sind es also zehn, die seit vorgestern in unserem Viertel gestorben sind“, flüstert die kleine Ranja, ein zwölfjähriges Mädchen, das mich an ihrer Hand durch das Viertel zieht.

Aber die Patronengleichung scheint doch zu einfach. Das Ganze erinnert viel mehr an die Handschrift des alten Regimes.

**Suche nach TäterInnen.** Mittlerweile wurde ein Verfahren gegen den Ex-Innenminister Habib al-

Adli eingeleitet. Unter anderem wird dabei auch seine Rolle bei dem Terroranschlag vor einer Kirche in der Hafenstadt Alexandria am 1. Jänner dieses Jahres untersucht. Hinweise verdichten sich, dass al-Adli den Anschlag selbst angeordnet haben könnte. Bei dem Anschlag sind 21 Menschen ums Leben gekommen.

Währenddessen suchen AktivistInnen in den gestürzten Zentren der Staatssicherheit nach politischen Häftlingen und Akten mit belastendem Beweismaterial gegen die Anhängenden des Mubarak-Regimes. Gefundene Dokumente werden auf Seiten wie „Egyptleaks“ oder „Amn Dawla Leaks“ veröffentlicht.

„Den stechenden Geruch von Chlor bekomme ich seit der Stürmung des Staatssicherheitsgebäudes nicht mehr los“, meint Sahra, eine junge Deutschägypterin: „Das muss man sich mal vorstellen. Die haben ihre Folterkammern mit Chlor geputzt, bevor die Gebäude von den Demonstranten gestürmt wurden.“

„Von Stürmen kann eigentlich keine Rede sein“, stellt der Blogger Mood fest: „Wir sind knietief durch die geschredderten Akten gewartet.“ Ein Aktenzimmer für die Wahlfälschungen 2005, ein Zimmer für die Muslimbrüder, eines für die KoptInnen, eines für sonstige politisch aktive QuerdenkerInnen, so die Schilderungen. „Die waren saugut organisiert, diese Bestien“, schäumt Sahra. Und in den Aktenbergen sind Indizien für den staatlich geschürten Hass zwischen ChristInnen und MuslimInnen aufgetaucht.

Für die Wegkreuzung zwischen friedvollem Zusammenleben und weiteren blutigen Zusammenstößen, vor der das Land gerade steht, sind diese Dokumente enorm wichtig. ▶



Foto: Gava / represented by Anzenberger Gallery



Foto: Gava / represented by Anzenberger Gallery

## Unmündiges Nordafrika?

Den nordafrikanischen Gesellschaften wird in Bezug auf die jüngere Geschichte oft Erstarrung unterstellt. Dabei können sie auf eine komplexe Geschichte des Widerstands zurückgreifen.

ANNA ELLMER

Möchte man *Wikipedia* Gläubigen schenken, dann charakterisiert die Geschichte Nordafrikas in der Neuzeit vor allem eines: die umfassende Unterlegenheit gegenüber Europa, und zwar in jeder Hinsicht. Von „kultureller Erstarrung“ und dem Fehlen jeglicher intellektueller und wissenschaftlicher Leistungen ist in der Einleitung des entsprechenden Artikels die Rede; von „Wehrlosigkeit, ja [...] Desinteresse“ gegenüber dem Kolonialismus sowie Wehleidigkeit und „Rückwärtsgewandtheit“. Als Quelle wird ein Text von Hans Magnus Enzensberger angegeben – „Der radikale Verlierer“ – in dem der deutsche Autor zunächst vor unzulässigen Pauschalisierungen warnt, um dann umgehend den gesamten arabischen Raum zum Looser am Rande der Geschichte zu erklären. Die arabischen Gesellschaften fänden keinen Anschluss an die Moderne, so Enzensberger, und daran seien sie im Grunde selbst schuld. Andere ehemalige Kolonien hätten ja immerhin auch rasante Fortschritte zustande gebracht. Unproduktiv, rückständig und vom Westen abhängig sei der arabische Raum und daraus resultiere für alle klar denkenden AraberInnen eine kontinuierliche Demütigung.

**Koloniale Stereotype.** Diese Zuschreibung geistiger und politischer Unbeweglichkeit und Fortschrittsfeindlichkeit lässt sowohl die Geschichte der nordafrikanischen Widerstandsbewegungen als auch die Heterogenität dieser Gesellschaften sowie ihrer Verstrickungen mit Europa einfach unter den Tisch fallen. In vergleichbar oberlehrerhafter Manier hat Nicolas Sarkozy 2007 in Dakar in seiner Rede an die afrikanische Jugend gleich dem gesamten afrikanischen Kontinent seine Teil-

nahme an der Weltgeschichte abgesprochen. Diese Parallelen sind kein Zufall, aktualisieren unsere europäischen Zeitgenossen doch ein zentrales Versatzstück kolonialer Diskurse: eine eurozentristische Ignoranz gegenüber der historischen Dynamik und Komplexität außereuropäischer Gesellschaften. Geschichtslosigkeit und Rückständigkeit dienten immer wieder als Legitimation der kolonialen Besetzung und der „zivilisatorischen Mission“, die sich vor allem Frankreich seit dem 19. Jahrhundert als Leitmotiv seiner Maghreb-Politik auf die Fahnen geschrieben hatte.

**Herrschaft und Widerstand.** Wirtschaftliche Interessen, vor allem aber der erbitterte Machtkampf zwischen den europäischen Staaten waren ausschlaggebende Faktoren für die europäische Kolonisierung Nordafrikas, die mit Napoleons Ägypten-Feldzug 1798 ihren Anfang nahm. Schritt für Schritt wurden in Nordafrika unterschiedliche Kolonialsysteme errichtet, aber überall war das koloniale Unternehmen von Anfang an mit Widerstand konfrontiert.

Britische Soldaten besetzten Ägypten, als sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter der Parole „Ägypten den Ägyptern“ eine Art nationalistische Bewegung gegen den zunehmenden europäischen Einfluss im Land entwickelte. Die Aufstände wurden von den Engländern niedergeschlagen, britische Soldaten blieben über 70 Jahre lang im Land. Aber immer wieder wurde die relativ indirekte britische Kontrolle Ägyptens durch säkulare als auch religiöse Nationalismen herausgefordert. Hier wurde weder jungfräuliches Niemandland noch eine politisch erstarrte Gesellschaft erobert, sondern ein komplexes und dynamisches politisches Gefüge unter europäische Kontrolle gezwungen.

**Das Beispiel Algerien.** Auch die 1830 begonnene französische Militärexpedition nach Algerien war von Anfang an mit Widerstand verbunden. Bis zum Ersten Weltkrieg kam es zu circa einem Dutzend Aufständen, denen mit harten Repressionen begegnet wurde. 1848 wurde Algerien zu einem Teil Frankreichs erklärt. Die algerische, überwiegend muslimische Bevölkerung wurde jedoch weitgehend marginalisiert, ihre Geschichte und Kultur ausgeblendet. Dass auf einem großen Anteil des enteigneten Landes, das nunmehr von SiedlerInnen bewirtschaftet wurde, nach der Reblaus-Plage in Frankreich statt Weizen vor allem Wein für das „französische Mutterland“ angebaut wurde, steht symbolisch für diese Marginalisierung. Aber Widerstand gegen die Ungleichbehandlung der AlgerierInnen organisierte sich über die Jahre hinweg in unterschiedlichsten Formen: in Gruppen zur Wiederbelebung des Islams bis hin zu linken Gewerkschaftsgruppierungen.

Zur Radikalisierung und schließlich zur Gründung der bewaffneten FLN (*Front de Libération Nationale*) kam es schließlich nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem Algerien an der Seite französischer Soldaten Europa befreit hatten. Die geforderte Gleichheit blieb ihnen aber auch nach dem Krieg vorenthalten. Der 1954 ausbrechende Konflikt verunmöglichte es nunmehr, die algerischen Forderungen zu ignorieren. Der Algerienkrieg, der schließlich 1962 mit der algerischen Unabhängigkeit endete, erhielt als Symbol für den erfolgreichen antikolonialen Widerstand Bedeutung weit über Frankreich und Algerien hinaus. Das von Frantz Fanon, dem aus Martinique stammenden Psychiater und Theoretiker, im Kontext seiner Erfahrungen im algerischen Unabhängigkeitskrieg verfasste Buch *Die Verdammten dieser Erde*, wurde zu

einem Klassiker des antikolonialen Widerstandes und bleibt bis heute wichtige Referenz postkolonialer TheoretikerInnen.

**Nordafrika macht Krach.** Auch das Erbe des antikolonialen Widerstandes darf allerdings nicht unkritisch verherrlicht werden. Denn die Geschichte Nordafrikas ist auch mehr als die Konfrontation mit den Kolonialherren. Und Intellektuelle, wie der in Kairo aufgewachsene Edward Said, unterstreichen durchaus die Problematik antikolonialer nationalistischer Identitätskonstruktionen, welche die koloniale Logik seines Erachtens umdrehen, aber nicht aushebeln.

Jedenfalls aber kann die Geschichte Nordafrikas eben auch anders erzählt werden: als eine Geschichte des Widerstands, des emanzipatorischen Engagements und der Utopien. So stellt der französische Historiker Daniel Rivet fest, dass es gelte, den uneingestanden Erben des kolonialen Diskurses zu zeigen, dass die Geschichte auch während der kolonialen Epoche von den MaghrebinerInnen nicht einfach ertragen wurde. „Sie ist nicht über sie gekommen wie eine Heuschreckenplage, die Dürre oder die Pest. Wie die Kolonialherren machen die Indigenen Geschichte, ihre Geschichte und machen dabei Lärm.“

Nicht zuletzt die aktuellen politischen Ereignisse in Nordafrika stellen das stereotype Bild von der Unbeweglichkeit der arabischen Gesellschaften grundlegend in Frage. So sind es wohl vielmehr diejenigen, die nicht müde werden den kolonialen Mythos von der Unmündigkeit und Erstarrung Nordafrikas zu wiederholen, die die ewige Reproduktion des Gleichen praktizieren. ◀

Die Autorin studiert Kultur- und Sozialanthropologie in Wien und Paris.

# It's the Economy, Stupid

Wie Dominosteine fallen unverrückbar geglaubte Regimes in Nordafrika. In Tunesien und Ägypten glückte die Revolution, in mehreren arabischen Ländern jenseits des Suez-Kanals kam es zu Massenausschreitungen und vereinzelt Rücktritten der Machthaber. Die eher zaghafte Reaktion des Westens überrascht nur wenig, sind doch milliardenschwere Verträge heimischer Konzerne in Gefahr.

VINZENT REST

**A**ls der libysche Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi am 10. März 1982 auf Einladung von Bundeskanzler Bruno Kreisky in Wien ankam, betrat das international geächtete Staatsoberhaupt zum ersten Mal seit über zehn Jahren ausländischen Boden. Kreisky ortete nach einem Jahrzehnt der Isolation Tauwetter und warf den westlichen Staaten Scheinheiligkeit vor, weil sie trotz ihrer Rolle als Großkäufer von libyschem Öl keine Anstalten machten, auch eine politische Zusammenarbeit zu suchen. Der Staatsbesuch markierte den Beginn einer engen wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft zwischen Libyen und Österreich.

**Der freundliche Spender aus Tripolis.** Ausdruck fand diese austro-libysche Partnerschaft besonders in der einzigartigen Freundschaft, die den 2008 bei einem Autounfall verstorbenen Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider und Muammar al-Gaddafi miteinander verband. Schon 1999, noch bevor sich Gaddafi für die, von der libyschen Administration in Auftrag gegebenen Terroranschläge in Lockerbie (1988) und Berlin (1986) entschuldigte, bekam er Besuch aus dem fernen Kärnten. Zwischen den beiden politischen Outlaws stimmte offensichtlich die Chemie sofort, was sich in großzügigen Spenden des libyschen Herrschers an Klagenfurt niederschlug. Insgesamt 45 Millionen Euro sollen auf die Konten von Haider und die seiner „Buberl“ geflossen sein. Zumindes wenn man den Aufzeichnungen des Haider-Intimus Maischberger Glauben schenkt. Dafür durfte der an einer Wiener Privatuniversität ausgebildete älteste Sohn Gaddafis, Saif al Islam, in Haiders Loge in der Staatsoper Platz nehmen, während sich das offizielle Österreich am Wiener Opernball feierte. Haider genoss die Gesellschaft des Gaddafi-Sprosses, mit dem er nach eigenen Angaben von Zeit zu Zeit gerne „fortging“.

Als sich Gaddafi 2003 durch eine Entschuldigung für die im Auftrag des Regimes verübten Anschläge in Europa international rehabilitierte, hatte dies für die österreichische Wirtschaft nur wenig Relevanz. Denn mehrere heimische Unternehmen waren bereits dick im Geschäft mit dem einstigen Revolutionsführer. Neben der OMV, die sicherstellte, dass der österreichische Ölbedarf zu 20 Prozent durch libysches Öl gedeckt wurde, waren auch Konzerne wie Strabag, mit Aufträ-

gen im Wert von knapp 500 Millionen Euro, und Porr in engem Kontakt. Seit 2009 hält Libyen außerdem einen Anteil von zehn Prozent am Ziegelbrenner Wienerberger.

Doch nicht nur Österreich packelte mit dem Despoten Gaddafi. Innerhalb kürzester Zeit avancierte er zum Protegé mehrerer europäischer Staaten. Besonders mit Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi verstand er sich blendend. Dieser ließ ihm ab 2008 insgesamt 3,4 Milliarden Euro als „Entschädigung für die Kolonialzeit“ zukommen. In Wirklichkeit sollte dadurch die letzte Lücke der Festung Europa für afrikanische Flüchtlinge geschlossen werden, nachdem die Grenze zwischen Spanien und Marokko zuvor durch meterhohe Mauern rund um die bei-

den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla unpassierbar gemacht wurde. Ende 2009 wurden um 90 Prozent weniger Flüchtlinge gezählt, die eine der italienischen Mittelmeerinseln, meist das Afrika vorgelagerte Lampedusa, und damit die EU, erreichten. Während die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* von schwersten Misshandlungen bis hin zu Tötungen von afrikanischen Flüchtlingen durch die libyschen Behörden sprach, bezeichnete die EU dies in einem Bericht als „mangelnde Erfahrung“ im Umgang mit Flüchtlingen.

Nachdem 2007 die so genannten HIV-Prozesse gegen bulgarische Krankenschwestern, de-

*Fortsetzung auf der nächsten Seite* ▶



Foto: Gava / represented by Anzenberger Gallery

nen das Regime vorgeworfen hatte, Kinder vor-  
sätzlich mit verseuchten Spritzen mit dem  
HI-Virus infiziert zu haben, mit Begnadigungen  
endeten, begann der große Wettlauf um Millio-  
nengeschäfte seitens europäischer Unternehmen.  
BP sicherte sich dabei einen Großteil der Rech-  
te am libyschen Gas. Auch Waffendeals scheuten  
viele EU-Staaten nicht. 2009 verbuchten die EU-  
Staaten Waffenexporte nach Libyen im Wert von  
19 Millionen Euro, was eine Verzehnfachung des  
Volumens im Vergleich zum Vorjahr bedeutete.

**Und im Maghreb?** Der Großteil der laut Schät-  
zungen bereits 150.000 libyschen Flüchtlinge hat  
das Land in Richtung des Nachbarstaates Tunesien  
verlassen. Auch der Maghreb-Staat befindet  
sich nach dem Rücktritt des Langzeitpräsidenten  
Zine el-Abidine Ben Ali am 14. Jänner in einer  
politisch instabilen und unsicheren Lage. Davor  
galt Tunesien als eines der stabilsten Länder im  
arabischen Raum und war beliebtes Urlaubsziel  
vieler EuropäerInnen. Trotz der Ressourcenarmut  
des, im Vergleich zu seinen Nachbarn Algerien  
und Libyen, kleinen Landes, konnte sich dank  
der Tourismusindustrie eine florierende Wirt-  
schaft etablieren. Vom Westen wurde Ben Ali  
immer als Partner im Kampf gegen den interna-  
tionalen Terrorismus hofiert, über seinen autori-  
tären Regierungsstil wurde hinweg gesehen. Be-  
sonders mit der alten Kolonialmacht Frankreich

wurden enge Verbindungen gepflegt. Selbst die  
französische Außenministerin Alliot-Marie muss-  
te aufgrund von Parteinahme für den korrup-  
ten Machthaber, in Form eines Angebots, fran-  
zösische Sicherheitskräfte zur Stabilisierung der  
Lage nach Tunesien zu schicken, Ende Februar  
von ihrem Amt zurücktreten. Ben Ali befindet  
sich derzeit unbehelligt im französischen Exil.

Ein Stückchen weiter westlich liegt Algerien,  
dessen Führung rund um Präsident Abd al-Asis  
Bouteflika nicht minder repressiv agiert. Algeri-  
ens Elite wirbt wie seine Nachbarländer mit Res-  
ourcen und der Bekämpfung des islamistischen  
Terrorismus um die Gunst des Westens. Über die  
Hälfte der Gasbestände der Mittelmeerregion lie-  
gen in Algerien, der Wüstenstaat mauserte sich  
innerhalb kurzer Zeit zum drittgrößten Gasliefe-  
ranten Europas. Während das Land im Öl, Gas  
und neuerdings im Geld schwimmt, hat die Be-  
völkerung nur wenig Anteil am neuen Reichtum.  
Die steigenden Preise für Nahrungsmittel und  
Wohnung sowie eine exorbitant hohe Arbeitslo-  
sigkeit von bis zu 30 Prozent, haben auch hier zu  
kleineren Unruhen geführt. Allerdings gelang es  
der algerischen Führung bisher, die Demokratie-  
bewegung im Keim zu ersticken.

**Großes Fragezeichen Naher Osten.** Noch unsi-  
cher ist die Entwicklung im asiatischen Teil Ara-  
biens. Zu größeren Unruhen kam es bis dato in

Bahrain, Jordanien, Syrien, Jemen und im Oman.  
Der jemenitische Präsident Abu Saleh, der das  
Land seit 1978 regiert, kündigte nach Massenpro-  
testen bereits an, 2013 nicht mehr zur Wiederwahl  
antreten zu wollen. Trotzdem dauern die Unru-  
hen an, weil sich die Bevölkerung nicht mit ei-  
ner Vertröstung auf zwei weitere Jahre zufrieden  
zu geben scheint. Blutig verliefen die Proteste in  
Bahrain, wo die Polizei Demonstrationen mit  
brutalster Gewalt auflöste.

Der Westen fürchtet besonders eine Protest-  
welle in Saudi-Arabien, dem weltweit größten  
Exporteur von Erdöl. Engpässe, die durch die  
Unruhen in Libyen und dadurch ausbleibende  
Öllieferungen ausgelöst wurden, konnten nur  
durch zusätzliche Lieferungen aus Saudi-Arabien  
wettgemacht werden. Sollte die Königsfamilie in  
Riad in Bedrängnis kommen, käme auch das ak-  
tuelle Weltssystem in Bedrängnis. Gesichert ge-  
laubte Öllieferungen könnten ausbleiben und  
zu einer ernsthaften Energieknappheit im Westen  
führen. Die saudische Monarchie zählt zu den  
wichtigsten strategischen PartnerInnen der US-  
amerikanischen Administration. Und im Sinne  
dieser Partnerschaft wird auch gerne vergessen,  
dass Menschenrechtsverletzungen auch dort an  
der Tagesordnung stehen. ◀

*Der Autor studiert Sozioökonomie an der WU.*

# SOUND:FRAME PERFORMANCE

SOUND:FRAME 2011  
FESTIVAL FOR AUDIO VISUAL EXPRESSIONS

WIEN  
25. MÄRZ  
–  
10. APRIL  
2011

SOUND:FRAME AV VISUALISTS  
JOHN ROBERTS, LINDSTRØM  
CID RIM & THE CLONIOUS  
DAVE AJU, PARIAH, DEPART  
AGNÈS, TEEBS, PANGAEA, MACHINEDRUM  
ANTON KUBIKOV/SCSI-9  
KEN HAYAKAWA & LUMA.LAUNISCH  
EYEFATIGUE, DAT POLITICS, MARGARET DY GAS  
OGRIS DEBRIS, RYOICHI KUROKAWA  
ISOLÉE, MFO, THE BLESSINGS  
RAZ OHARA & THE ODD ORCHESTRA  
ROBERT HENKE & CHRISTOPHER BAUDER  
UND VIELE MEHR ...



# Feuilleton

## Umschalten!

Kommentar von Eva Maltschnig

**I**ch schaue nicht fern, ich schalte um. Wenn's bei *Galileo* brenzlig wird, ob der dicke Jumbo den größten Germknödel der Welt tatsächlich aufessen kann, wenn irgendwer wieder gemein zu Lisa Simpson ist, bei SNF sowieso und überhaupt und sogar wenn der Juror bei den *Topfgeldjägern* über Erfolg oder Niederlage der HobbyköchInnen entscheidet. Mein Nervenkorsett reicht einfach nicht für die dramatischen Momente der Fernsehwelt aus. Auch im echten Leben wünsch ich mir oft eine Fernbedienung. Zum Beispiel, wenn die alte Frau vor mir im *Billa* die Feinkostverkäuferin anklafft, weil die Salamischeiben zu quadratisch oder die Frankfurter zu pink sind. Oder wenn mein Schuh zielsicher das neueste Hundstrümmler erwischt.

Am schlimmsten wird dieser Umschaltzick aber bei Diskussionsformaten im ORF. *Im Zentrum?* Bitte nicht! *Club 2?* Ich möchte sterben. Nicht nur, dass dort vornehmlich faltenzerfurchte Mumien und/oder Verrückte hocken, nein, auch die eingeladenen PolitikerInnen (Jetzt könnte mensch natürlich diskutieren, ob die zur Menge der faltigen Verrückten gehören, aber ich will mal nicht so pauschalisieren.) führen bei mir zu unkontrollierten Angstschweißausbrüchen, wenn ich die Fernbedienung nicht finde. Neulich, als *im Zentrum*

über die verpflichtende gemeinsame Obsorge diskutiert wurde, habe ich es nur bis zum ersten Satz von Bundesministerin Bandion-Ortner geschafft: „Ich als Kind habe das Recht auf beide leiblichen Elternteile“ – zack, weg. Das Thema interessiert mich, doch mein Umschaltzickfinger hatte reflexartig die Reißleine gezogen, bevor auch noch der Väterrechtler seinen Mund aufmachen konnte. Und das war nicht das erste Mal. Regelmäßig möchte ich mir „Polit-Talks“ ansehen, regelmäßig gebe ich nach 30 Sekunden auf. Warum eigentlich? Besonders politikverdrossen bin ich nicht, aber wenn Österreichs PolitikerInnen, „Intellektuelle“ und ExpertInnen vom ORF inszeniert aufeinander klatschen, muss ich weg. Mittlerweile habe ich mein Problem identifiziert: Ich möchte mich nicht mehr fremdschämen müssen. Für zwei Drittel besagter DiskussionssteilnehmerInnen muss ich das aber. Und darauf zu warten, dass die eine nicht-verrückte und nicht-selbstinszenierungsbesessene Person einen guten Satz sagt, ist mir die Mühe nicht wert. Vorschlag für den ORF: Stellt die Qualität der Debatte über die schillernde (?) Persönlichkeit der TeilnehmerInnen! Seltsame Leute in Kombination machen noch lange keine gute Diskussion. ◀

*Die Autorin studierte Sozioökonomie in Wien und bloggt.*

### KURZMELDUNGEN

**Exposure.** Unter dem Titel *Exposure* zeigt der Künstler Martin Bilinovac in der *Fotogalerie Wien* einen Überblick über seine Arbeiten aus den Jahren 2009 bis 2011. Bilinovac hat in der *Schule für künstlerische Fotografie Friedl Kubelka Wien*, an der *Universität für Angewandte Kunst Wien* und an der *Kunstakademie Münster* studiert. Die ausgestellten Fotografien zeigen Interieurs – menschenleere Räume, in denen Bilinovac Einrichtungsgegenstände in zum Teil surreal wirkenden Konstellationen inszeniert hat.

1. März 2011 bis 2. April 2011 in der *Fotogalerie Wien*

**Der wahre Kreisky.** Gustav Peichl (alias IRO-NIMUS) kommentiert und karikiert seit über 50 Jahren das politische Geschehen in Österreich. Anlässlich des 100. Geburtstages von Bruno Kreisky wird eine Ausstellung mit ausgewählten IRONIMUS-Karikaturen präsentiert. Für Journalisten und Journalistinnen und vor allem für die Karikaturisten und Karikaturistinnen war Kreisky dank seiner Popularität und seiner rhetorischen Fähigkeiten eine herausragende politische Persönlichkeit seiner Zeit.

Von 16. Jänner 2011 bis 18. September 2011 im *Karikaturmuseum Krems*

**Kost-Nix.** Kost-Nix-Läden gibt es mittlerweile in Wien, Innsbruck und Graz. Die teilweise unterschiedlichen Philosophien der einzelnen Läden haben gemein, dass sie sich gegen Konsumzwang und -wahn aussprechen und aktiv dagegen arbeiten. Wer an dieser alternativen Form des Konsums teilhaben möchte, schaut am besten in einem der Läden vorbei. So kann etwa das mitgebrachte Geschirr einfach nur dortgelassen werden oder aber ein paar Schuhe ohne Gegenwert mitgenommen werden. Für nähere Infos einfach auf die Webseite klicken.

[www.umsonsladen.at](http://www.umsonsladen.at)

ÄgypterInnen  
feiern ihren Sieg  
über Mubarak



Foto: Yakout

## Hand in Hand den ersten Schritt

Im Januar sprang der Funken der Revolution auch auf Ägypten über. Vor allem in der Hauptstadt Kairo war scheinbar die gesamte ägyptische Bevölkerung auf den Beinen, um gemeinsam gegen Korruption und Unterdrückung zu kämpfen. Eine Telefonreportage.

NORA REICHART

Nein, sonderlich stolz bin ich bislang nicht auf Ägypten gewesen – zumindest nicht bis Ende Januar diesen Jahres. Sicherlich, es ist meine Heimat, da, wo ich geboren bin und 18 Jahre meines Lebens verbracht habe. Es ist ein Land mit vielen Sonnenseiten, die man aufgrund des allgemein bekannten touristischen Image Ägyptens an einer Hand abzählen könnte: schönes Wetter, Pyramiden, Nilkreuzfahrt, eine nette Mischung aus Orient und Okzident, und meistens freundliche, nette Menschen. Die Schattenseiten dieses Landes waren bis vor kurzem jedoch kaum jemandem bekannt. Immerhin hatte es die Regierung dieses Landes tatsächlich geschafft, den Eindruck einer unantastbaren Stabilität zu vermitteln. Wie sehr es jedoch schon seit Jahren unter der Oberfläche brodelt, bekam nicht nur ich zu spüren, wenn ich nach Hause flog. Das war nicht mehr das Ägypten, das man noch bis in die 1940er-Jahre hinein für seine Kulturvielfalt, für seine Offenheit gegenüber Fremdem und Neuem und vor allem für die Herzlichkeit und Gelassenheit seiner Menschen geliebt und gepriesen hatte. Diese Menschen waren oft angespannt, nervös, pessimistisch und hoffnungslos. Was mir vor allem auffiel, war die vollkommene Gleichgültigkeit, welche viele von ihnen ihrem eigenen Land und seiner Entwicklung entgegenbrachten: sei es der Müll, der unbeachtet auf den Straßen lag, oder die Resignation gegenüber der allgemeinen Vermutung, dass das Land mit schnellen Schritten dem Chaos entgegensteuerte, wenn es so weiter ginge.

**Veränderung erwünscht.** Ich spürte bei jedem Besuch mehr und mehr, dass in diesem Land unbedingt etwas geschehen musste, sonst Kollaps

total. Die Frage war nur was? Eine Antwort dürfte jedoch niemand von uns gehabt haben. Selbst der Sturz von Tunesiens Präsident Ben Ali bescherte uns nur teilweise Freude. Wir waren uns sicher, dass wir zu einer gleichen Aktion zumindest noch nicht im Stande wären – bis zum 25. Januar. Ich war gerade unterwegs, als ich die SMS von einem Bekannten bekam: Ägypten sei endlich aufgewacht, das Ziel sei nahe! Und tatsächlich: Auch wenn es noch 18 Tage dauern sollte, bis nach 30 Jahren Korruption und Ausbeutung Präsident Mubarak endlich zurücktrat, war es doch an diesem ersten Tag schon zu spüren gewesen, dass der Stein ins Rollen gekommen war. Dies war keine unterdrückte und zurückgehaltene Demonstration einer kleinen Bewegung mehr. Hier war die gesamte ägyptische Bevölkerung auf den Beinen. Jene Bevölkerung, die bis dato so gespalten wie noch nie zuvor geschienen hatte, protestierte nun Hand in Hand für universelle Werte, welche sich alle unabhängig von politischer Orientierung, Religion, Geschlecht, Alter oder der sozialen Schicht seit Jahrzehnten wünschten: Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Das Ausmaß dieses Zusammenhalts hätte bis vor kurzem noch als ein utopisches Märchen gegolten: ChristInnen schützten MuslimInnen während deren Freitagsgebet auf dem Platz der Befreiung vor den RegimeanhängerInnen und der Polizei. Die MuslimInnen taten dasselbe, während die ChristInnen ihren Gottesdienst abhielten. Ein Muslim, der ein Plakat mit islamischen Parolen trug, wurde von Glaubensbrüdern zurechtgewiesen: Hier demonstrieren keine MuslimInnen, ChristInnen oder Juden bzw. Jüdinnen, sondern ausschließlich ÄgypterInnen. Westlich gekleidete, rauchende Frauen kampferten und diskutierten mit Vollverschleierten. Zu dieser Zeit wurde keine einzige Frau sexuell belästigt – ein Umstand, der in Kontrast zu

den Erfahrungen eines Großteils der weiblichen Bevölkerung Ägyptens in den letzten zehn Jahren steht.

**Die neue Jugend.** Eine Jugend, von welcher bis Ende Januar geglaubt wurde, sie bestehe überwiegend aus Weicheiern und Verantwortungslosen, stand plötzlich auf der Straße. Diese Jugend hat es geschafft, der Gewalt und Brutalität des Regimes zu trotzen und gewaltfreien Widerstand zu leisten. Es ist diese Jugend, welche, nachdem die Polizei von einem Tag auf den anderen wie vom Erdboden verschluckt und tausende von Kriminellen aus den Gefängnissen entkommen waren, die Verteidigung der Stadt und ihrer BewohnerInnen selbst in die Hand nahm. Mein Vater, der selbst nächtelang bei diesen BürgerInnenwehren mitgewirkt hatte, berichtete davon, wie jede Nacht junge Männer mit Essen und Getränken durch die Straßen gingen, um sie an die anderen Mitglieder der BürgerInnenwehr zu verteilen. Er erzählte mir, wie jugendliche Männer und Frauen den Verkehr regelten und teilweise nur mit Besenstilen „bewaffnet“ sich der nächtlichen Gefahr aussetzten. Und ich sah selbst die Bilder im Fernsehen, auf denen diese Jugendlichen am Tag nach Mubaraks Rücktritt die Stadt wieder säuberten und sogar mit Wasser die Straßen schrubben. Eine solche Ordnung hatte Ägypten seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen, und noch vor zwei Monaten hätte es wahrscheinlich niemanden interessiert, wie die Stadt aussieht. Doch nach dieser Revolution ist den ÄgypterInnen klar geworden, dass sie ihr Schicksal wieder selbst bestimmen können. Vor allem wurde die Entfremdung vom eigenen Land überwunden. Dies ist erst der Beginn einer großen und langwierigen Arbeit. Das Land ist noch entlang der religiösen Bruchlinien gespalten. ◀

Die Autorin studiert Musikwissenschaften in Wien.

# Todesursache Whisky

Der Dichter Dylan Thomas demonstriert: Es gibt kein trockenes Leben im Nassen.

ALEXANDER FANTA

**L**eben in einem Höllenloch von einem Bürogebäude, wo die Kaffeepender braune Grütze ausgeben und den Leuten ihr schleimiges Lächeln tief in die Visage gebrannt ist. Solche nüchternen Vormittage in einer Alltagsexistenz haben den walisischen Poeten Dylan Thomas nie interessiert. Nur wenige Monate behält er als Halbwüchsiger einen Job als Reporter bei einer Zeitung in Swansea. Dann ergibt sich der Dichter dem Suff – eine Liebesbeziehung, die ihn den Rest seines Lebens begleiten wird.

Die permanente Katastrophe seines eigenen Daseins lässt Thomas den Ort Llareggub erschaffen, ein biederer Fischernest der Ausschweifungen und Orgien, wo jede Nacht im Milchwald die Schürzen abgelegt und die Freuden des Fleisches besungen werden. Nebenbei, im blauen Ozean, wohnen die enttäuschten

Geister der ertrunkenen Seemänner, deren Ehefrauen sich nun als lustige Witwen mit Postboten und Hausmännern vergnügen. Der Dichter und Zechpreller Thomas beschreibt genüsslich Szenen aus dem nicht ganz fiktionalen Ort, während er sich im wahren Leben Glas um Glas in den körperlichen und finanziellen Ruin trinkt. In Llareggub ist sein rauschhaftes Leben verewigt. Mit dem Namen des Ortes, Anagramm für das englische „bugger all“ („rein gar nichts“), zeigt Dylan aus der dörflichen Verschanzung der bürgerlichen Gesellschaft den Stinkefinger.

Mit *Under Milk Wood* setzt Thomas sich selbst und seiner Stadtfucht ein Denkmal. In poetischen Wortwechseln der EinwohnerInnen führt er die walisische Dorfwelt in die Form des Dramas hinein. „Ein Stück für Stimmen“ lautet der Untertitel des Dramas, denn genau genommen ist es ein Hörspiel, das ohne Bühnenbilder und Szenenbe-

schreibungen auskommt. Charakter um Charakter zeichnet er die Welt des Dorfes nach, die zwischen Bieder- und Heiterkeit oszilliert, zwischen den Ertrunkenen und den Betrunkenen. Er erschafft damit ein sinnesfreudiges Opus, das ihm kurz vor seinem Tod im Alter von 39 Jahren immerwährenden Nachruhm sichert. Bis heute machen sich Whisky, Morphium und eine Diabetes-Erkrankung die Ursache für sein Ableben im Jahr 1953 streitig.

Als Stück durch und durch ozeanisch, scheint eine Binnenland-Adaption von Thomas' Werk fast unmöglich. Doch just dieser Tage versucht in Wien eine Gruppe mit dem programmatischen Namen *Dekoltas Handwerk* den Vorstoß in nasse Welten. Dabei geht sie mit allerhand Rüstzeug ins Feld. Die Inszenierung von Jan Jedenak bedient sich der Hilfe von Puppen und Masken, um den keltischen Menschen von Llareggub ein Gesicht zu

geben. Alles an diesem Stück ist handgemacht: Selbst die Bühnenbretter in der kleinen Schaustätte in Wien-Leopoldstadt sind von der Gruppe selbst beschliffen. Die DarstellerInnen, darunter Burgschauspieler Florentin Groll, leihen den teils deutschen, teils englischen Versen ihre Stimme aus dem Off.

Der Geist des Provisorischen im Stück, das Thomas nie zu seiner Befriedigung fertigstellen konnte, verleiht auch der Wiener Inszenierung ihren Charme. Mit vielseitigen Mitteln bastelt *Dekoltas Handwerk* an den Schattierungen des unvollendeten Stückes, aus immer neuen Winkeln und Positionen. Denn wie bei den Gott zugewandten Handlungen – Hoffen, Beten und Trinken – stellt hier die Annäherung die einzige Art der Vervollkommnung dar. ◀

[www.dekoltashandwerk.com](http://www.dekoltashandwerk.com)

Der Autor studiert Politikwissenschaft in Wien.



## Diagonale 2011

Festival des österreichischen Films  
Graz, 22.–27. März 2011

### Tickets & Programm

ab 12. März im  
Festivalzentrum Kunsthaus Graz,  
im Café Promenade,  
unter [www.diagonale.at](http://www.diagonale.at)  
und der  Freeline 0800 664 080  
ab 23. März  
in den Festivalkinos

[www.diagonale.at](http://www.diagonale.at)

# Nicht mehr in Worten denken

Jeremy Caplan erklärt, warum die Welt des digitalen Journalismus die Zukunft der Medienbranche bestimmen wird und warum sie speziell für junge Menschen neue Chancen bietet.

**PROGRESS:** *Ursprünglich kommen Sie aus der Printbranche und arbeiteten unter anderem für Newsweek, Times und The Wall Street Journal. Wie sind Sie zum digitalen Journalismus geworden?*

**CAPLAN:** Ich habe über Themen geschrieben, bei denen ich mehr von der Geschichte präsentieren wollte: Ich wollte Bilder zeigen, gleichzeitig die Menschen selbst sprechen lassen und ihr Leben in Videoform darstellen. Da stieß ich mit den Methoden im Printjournalismus an meine Grenzen. Also kombinierte ich unterschiedliche Medien, um Geschichten zu erzählen.

Videos, Ton und Fotografie gibt und wie man mithilfe von sozialen Plattformen Informationen sammeln und teilen kann. Zweitens sollen sie herausfinden, wie Programme wie zum Beispiel *Google Docs* funktionieren, wie man Videos mit *Final Cut* schneidet oder auf was man beim Fotografieren achten soll. Mir geht es außerdem darum zu diskutieren, wie sich der Journalismus mit neuen Medien verändert.

*Wie sieht dieser Wandel aus?*

Verantwortungsvoll und ethisch korrekt zu handeln, solide Recherche zu betreiben, seine Quellen doppelt

*Wird dieser Journalismus besser sein als der alte?*

Ist Fernsehjournalismus besser als Radio? Ist Online besser als Print? Wir sprechen hier von unterschiedlichen Kategorien, bei denen verschiedene Techniken und Modi verwendet werden, um Geschichten zu erzählen. Ich denke, dass der neue, digitale Journalismus flexibler ist als jener, den wir bereits kennen. Ihm stehen mehr Optionen zur Verfügung, Geschichten zu präsentieren und zu teilen. Andererseits sind mit ihm auch neue, einzigartige Herausforderungen verbunden. Im Internet kann der User viel leichter abgelenkt werden.

*Sie sind sehr optimistisch, wenn es um die Zukunft des digitalen Journalismus geht – vor allem in Bezug auf die Karrierechancen für junge Leute. Warum?* Noch nie in der Geschichte des Journalismus haben sich unsere Werkzeuge so schnell verändert. Und es hat noch nie zuvor einen derart großen Bedarf an Menschen gegeben, die diese neuen Techniken beherrschen, um mit ihnen Geschichten zu erzählen. Es hat außerdem noch nie einen so dramatischen Druck auf Unternehmen gegeben, ihr Geschäftsmodell zu verändern. Diese Situation bietet unzählige Möglichkeiten für junge, kreative Menschen. Einerseits, weil die älteren Jahrgänge nicht das Basiswissen der jüngeren Generation haben: Die wissen nicht, wie man Videos mit einer Handkamera filmt und sie mit einem Programm schneidet. Andererseits verändern sich auch die Hierarchien in den Medienunternehmen. Das alte Modell funktioniert nicht mehr und deshalb sind viele bereit, neue, unkonventionelle Wege zu gehen und neue Stimmen zuzulassen.

*Sie sprechen in ihrem Seminar über Facebook, Google, Apple und ermutigen die Studierenden, deren Produkte zu verwenden und sich bei unterschiedlichen Plattformen zu registrieren. Sollten JournalistInnen in dieser Sache nicht viel kritischer sein?*

Ich schöpfe aus meiner eigenen Erfahrung und bin von den Vorteilen webbasierter Software wie *Google Docs* überzeugt. Ich halte sie für extrem effektiv, effizient und seriös – zumindest die, die ich ausgesucht habe. Jeder Journalist sollte sich genau die allgemeinen Geschäftsbedingungen und die Sicherheitsbedingungen ansehen und für sich entscheiden, ob er das Programm verwenden will.

*Worin bestehen die Vorteile?*

Einige Softwares erleichtern nicht nur unsere Arbeit, sondern erhöhen auch die Qualität. Mit *Google Docs* können wir unsere Texte überall abrufen, speichern, organisieren und gleichzeitig mit Kollegen an einem Dokument arbeiten. Via *Facebook* kann ich verfolgen, wie sich mein Artikel auf sozialen Plattformen verbreitet und welche Resonanz er bekommt.

*Was wird der nächste Trend im digitalen Journalismus sein?*

In den USA beginnen immer mehr Leute darüber nachzudenken, wie sie ihre Daten organisieren. Wir verwenden *Facebook*, *Flickr*, *Twitter*, *Picasa* und andere soziale Plattformen und speichern auf ihnen unterschiedliche Arten von Datenmaterial. Wir haben unsere Fotos hier, das Video dort und verschicken Nachrichten über unser E-Mail-Programm oder via *Facebook*. Bis dato sind all diese Dinge nicht miteinander verbunden. Einige neue Start-Ups beschäftigen sich damit, wie man sein Material einfach und zentral organisieren kann. Zum Beispiel in Zeitleisten oder Online-Tagebüchern. Damit wiederum werden ganz neue, persönliche Geschichten erzählt, die jeder publizieren kann.

*Jeremy Caplan (36) unterrichtet Entrepreneur Journalism an der City University of New York's Graduate School of Journalism. Im Jänner war er Gast am Institut für Journalismus & Medienmanagement an der FH Wien. Siehe: [www.fb-wien.ac.at/four](http://www.fb-wien.ac.at/four)*

*Das Interview führte Martina Powell.*



Foto: Caplan

Worte werden laut  
Caplan künftig durch  
Bilder ersetzt.

*Mittlerweile halten Sie auch Vorträge über die Zukunft des digitalen Journalismus.*

Das Thema ist neu, frisch und deshalb auch interessant für mich. Journalismus wird sich dank moderner Technologien erfolgreich weiterentwickeln. Wir brauchen also Leute, die diesen Bereich unterrichten und mit uns ihr Wissen über die Möglichkeiten digitaler Medien teilen.

*Und um was geht es in Ihren Seminaren?*

Erstens will ich den Menschen die Augen öffnen und sie darauf aufmerksam machen, dass Geschichten auf andere Art und Weise erzählt werden können. Sie sollen sehen, welche neuen Möglichkeiten es mit

und dreifach zu kontrollieren – all diese Kernkompetenzen journalistischer Arbeit bleiben bestehen. Ja, sie werden in Zukunft sogar noch wichtiger werden, weil die Berichterstattung immer schneller wird. Was sich ändert, ist die Art und Weise, wie wir unsere Arbeit angehen. Wir werden Geschichten nicht mehr in Worten denken. Anstatt darüber zu grübeln, was in Paragraph eins, zwei oder drei passt, werden wir uns fragen müssen, welche Bilder wir zeigen oder welche Geräusche wir aufnehmen, um der Realität so nah wie möglich zu kommen. Es wird darum gehen abzuschätzen, welche Art von Medium wir einsetzen, um die Geschichte am eindrucksvollsten zu erzählen.

## Thomas Bernhard schtirbt.

**H**ier in Österreich blockieren ein paar machtgerige und größtenwahnsinnige alte Männer alles um sie herum und es ist erstaunlich, wie lange sich vor allem die jungen Menschen in diesem stinkenden Staatskessel das gefallen lassen. Als gäbe es keine Jugend!“

Die Rede ist nicht von heute, sondern von 1981. Und es spricht kein alt gewordener Staatskünstler, kein mild gewordener Revolutionär und auch kein wild gewordener Reformier, sondern ein früh Gestorbener, dessen Tod, so scheint es, vielen auf keinen Fall zu früh kam.

Heuer wäre Thomas Bernhard achtzig Jahre alt geworden, sein runder Geburtstag wird merklich gewürdigt. Auch heute noch ist der „Alles-und-alle-Beschimpfer“ eine Attraktion unter Verständigen, ein Säulenheiliger unter Unverständigen und ganz sicher eine nationale Schande unter ewig Unverstandenen.

Angesichts solcher virtueller Geburtstage (gerade in einem Land wie Österreich, in dem das Gedenken ja eine Tugend und das Denken eine Untugend ist) kommen allerdings immer wieder Fragen auf: Etwa ob denn der „frühe“ Tod nicht auch erst das Gedenken hervorgerufen hat, ob denn ein „später“ Abgang den Betroffenen nicht in die Vergessenheit hätte sterben lassen. Solche Fragen sind müßig; hingegen die Frage, ob Bernhard heute noch Aktualität besitzt, ob man ihn heute noch nicht revidiert hat, kann in Hinblick

auf diese Kommemorations durchaus gestellt werden. Und tatsächlich, viele heute noch überraschend gültige Ausrufe finden sich in einer vom Suhrkamp Verlag erstmals in dieser Form präsentierten Überdenkschrift. Es wird einem grausig, wenn man Bernhard beschwören hört, „ob Diktatur oder Demokratie – für den Einzelnen ist im Grunde alles gleich schauerlich. Zumindest bei näherer Betrachtung.“

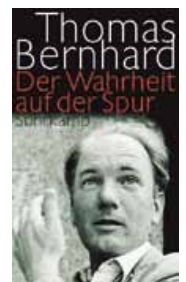
*Der Wahrheit auf der Spur* sammelt Selbstinszenierung und Selbstoffenbarung, und Selbstaufbauung des gewaltigen Autors. In der heutigen Zeit hat der Sumpf eben ein anderes Schlaglicht, er ist nicht mehr rot wie bei ihm, sondern schwarz wie bei uns. Die nun vorliegende Sammlung von Thomas Bernhards Öffentlichkeitsauftritten erklärt in eleganter Kohärenz seinen Kampf gegen den Staat und das ästhetische, mehr noch, das kulturelle Unverständnis seiner spießbürgerlichen Beamten. Natürlich verliert der brave „Skandalautor“ auch das eine oder andere Wort zuviel, weiß gleich einem verwöhnten Kind (einem Fratz!) nicht, wann Schluss sein soll. Wenn auch zugegebenermaßen die Beschreibung Kreiskys als „kleinbürgerlicher Salonsozialist“ im unverdienten Ruhestand sicher eine gewollt zu starke Polemik ist, man liest auch bei Bernhard ebjenjane angeklagte Kleinbürgerlichkeit heraus; weltmännische Kritik von einem Mann mit Hang zum Biedermeierversteckspiel ist wohl nicht sehr glaubwürdig.

Jedoch genau die harsche Kritik an Kreisky und später dann auch an Vranitzky erlaubt die Frage, ob er heute wohl noch gut gewesen wäre, das heißt, ob er denn nicht wirklich besser damals an einem zu schwach schlagenden Herzen als heute an einem zu stark (zu)schlagenden Hirn gestorben ist. Wenn Bernhard schon unter diesen beiden zu leiden hatte, wie hätte er wohl mit Pröll und Faymann leben können. Wie hätte er als antikatolisches ÖVP-Mitglied und Nazi-Allergiker die blau-schwarzen Jahre überdauert?

Nichtsdestotrotz möchte man Bernhard einfach als einen Mann mit gesunden Emotionen sehen, denn wo Liebe ist, da ist auch Hass. Er liebe Österreich, weil er nicht anders könne, sagte er. Bloß ist es hart für einen ersten Menschen, in einem Land zu leben, in dem „man alles Ernsthaftige zum Kabarett macht“. Denn, „jeder Ernst wandert auf die Witzseite, und so ertragen die Österreicher den Ernst nur als Witz“. Und was in anderen Ländern eben ein Rücktrittsgrund ist oder Richtern eine Verurteilung wert, das ist in Österreich ein Witz, nach wie vor.

Philipp Wieser ◀

*Thomas Bernhard, Der Wahrheit auf der Spur: Die öffentlichen Auftritte: Reden, Leserbriefe, Artikel, Suhrkamp Verlag 2010, 344 S., 19,90 Euro.*



ZWEIMAL HINGEHÖRT



**NIKI:** Spätestens seit *Kid A* stand bei *Radiohead* nicht mehr das Songwriting, sondern die Verfremdung von Musik in Atmosphäre und dann in etwas schwer Fassbares im Vordergrund. Das ist halt so und das kann man mögen, ja lieben, vergöttern oder eben nicht. Was sie allerdings für die musikalische Horizonsweiterung einer ganzen Indie-Generation getan haben, muss man ihnen legendenhaft hoch anrechnen. Auf der aktuellen *The King of Limbs* wird allerdings versucht, das Rad so neu zu erfinden, dass es einen Achter schlägt, sich selbst in den Hintern beißt und ohne Besonderheit und Originalität ungrazil aus dem Sattel fällt.

### Radiohead | *The King of Limbs*

**LUKAS:** *The King of Limbs* hätte so viel Potential, wenn da nicht diese als Selbstschutz fungierende, schleifende Handbremse wäre. Die Arbeit am 2000 erschienenen Koloss *Kid A/Amnesiac* hätte Thom Yorke laut eigener Aussage fast in den Wahnsinn getrieben und seitdem ist auch irgendwie die Luft draußen. Der Anfang der Platte lässt zwar noch Hoffnung aufkommen, doch im Endeffekt liefert *Radiohead* nur Handarbeit ohne Innovationen ab. Es ist trotz Allem ein weiteres gutes Album geworden, wie sie auch die dazwischen liegenden *Hail to the Thief* und *In Rainbows* waren. Aber gut ist leider nicht gleich genial. Genau das würde ich mir aber schön langsam wieder von dieser Band erwarten.



**NIKI:** Typisch *Bright Eyes* – ein langes, wirres Intro, nur Geräusche und Gerede über wahnwitzige Weltverschwörungen – doch dann kommen die Elektronik, die harten Gitarrenriffs, Doublebassdrums, computerverzerrte Stimmen. Wo ist der traurige Lyriker, dessen aggressiv-zärtliches Songwriting den Bob Dylan einer jüngeren Generation verkörpert? Sechs Lieder braucht es, bis zum ersten Mal eine Akustikgitarre erklingt, nur um vom einbrausenden Synthesizerwirbel übertönt zu werden. Nach tagelangem Reinhören und intensiv-detektivischen Textrecherchen aber eröffnet sich eine kontemporäre Herangehensweise an eine Musik, die nach wie vor die Sprache der Jugend hinausstreit. Großartiges Album!

### Bright Eyes | *The People's Key*

**LUKAS:** Mit *The People's Key* veröffentlicht Conor Oberst wieder ein Album unter dem *Bright Eyes* Synonym, nachdem er zwei unter eigenem Namen herausgebracht hatte. Dies macht deshalb Sinn, weil die Platte mit ihrer Thematik und Grundstimmung nahtlos an das Vorgängeralbum *Cassadaga* anknüpft. Musikalisch verlässt Oberst allerdings die vom Country beeinflusste Seite und baut stattdessen Synthesizer und vermehrt E-Gitarren ein. Unterm Strich ergibt das ein nettes Album für Fans, das durchgehend mit guten Songs aufwartet und mit jedem Mal hören besser wird.



Niki Hofmüller, 24, Germanistik und Anglistik.

Lukas Eichberger, 26, Ernährungswissenschaften.

# Warum Angst haben vor dem arabischen revolutionären Geist?

Die Reaktion der westlichen Liberalen auf die Aufstände in Ägypten und Tunesien ist oft scheinheilig und zynisch.

SLAVOJ ZIZEK

Was einem bei den Aufständen in Tunesien und Ägypten unweigerlich ins Auge springt, ist die auffällige Abwesenheit von muslimischem Fundamentalismus. In bester säkularer demokratischer Tradition rebellierten die Menschen ganz einfach gegen ein repressives Regime, gegen Korruption und Armut und forderten Freiheit und eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die zynische Weisheit westlicher Liberaler, der zufolge in arabischen Ländern nur ein begrenzter Kreis liberaler Eliten wirklich ein Gefühl für Demokratie hat, während die große Mehrheit nur mittels religiösem Fundamentalismus oder Nationalismus mobilisiert werden kann, hat sich als falsch herausgestellt. Die große Frage ist: Was wird als nächstes passieren? Wer wird als der politische Gewinner hervorgehen?

Als in Tunis eine neue provisorische Regierung ernannt wurde, wurden die Islamisten und die radikalere Linke ausgeschlossen. Die Reaktion selbstgefälliger Liberaler war: Gut, das ist ja im Prinzip dasselbe, zwei totalitäre Extreme – aber sind die Dinge wirklich so einfach? Besteht auf lange Sicht die wirkliche Gegnerschaft nicht genau zwischen den Islamisten und der Linken? Auch wenn sie momentan gegen das Regime vereint sind, wenn erst der Sieg naht, zerbricht ihre Einheit, sie treten in einen tödlichen Kampf, oft grausamer als der gegen den gemeinsamen Feind.

**Taliban als Klassenkämpfer.** Sahen wir nicht genau so einen Kampf nach den letzten Wahlen im Iran? Wofür die hunderttausenden Anhänger Mousavis eintraten, war genau der allgemeine Traum, der die Revolution von Khomeini getragen hatte: Freiheit und Gerechtigkeit. Auch wenn dieser Traum utopisch ist, führte er doch zu einer atemberaubenden Explosion politischer und sozialer Kreativität, organisatorischen Experimenten und Debatten zwischen Studenten und normalen Menschen. Diese genuine Öffnung, die noch nie dagewesene Kräfte für soziale Transformation entfesselte, ein Moment, in dem alles möglich schien, wurde dann allmählich durch die Übernahme der politischen Kontrolle durch das islamistische Establishment erstickt.

Auch im Fall ganz eindeutig fundamentalistischer Bewegungen sollte man die soziale Komponente tunlichst nicht vergessen. Die Taliban werden immer als fundamentalistische islamistische Gruppe dargestellt, die ihre Herrschaft mit Terror durchsetzt. Als sie aber im Frühling 2009 im Swat-Tal in Pakistan das Regiment an sich rissen, berichtete die *New York Times*, dass sie „einen Aufstand organisiert hatten, der die tiefen Risse zwischen einer kleinen Gruppe von reichen Großgrundbesitzern und deren landlosen Bauern ausgenutzt hatte.“ Wenn die Taliban durch ein „Ausnützen“ des Elends der Bauern „die Alarmglocken wegen des Risikos für ein größtenteils noch feudales Pakistan zum Läuten bringen“, wie es die *New York Times* ausdrückte, was hielt dann die liberalen Demokraten in Pakistan und den USA davon ab, dieses Elend auf ähnliche Weise „auszunützen“ und zu versuchen, den landlosen Bauern zu helfen? Ist es deshalb, weil die feudalen Kräfte die natürlichen Verbündeten der liberalen Demokratie sind?

**Opportunist Tony Blair.** Daraus muss man unweigerlich den Schluss ziehen, dass in muslimischen Ländern das Anwachsen des radikalen Islamismus immer die andere Seite des Verschwindens der säkularen Linken war. Wenn Afghanistan als das Paradebeispiel eines islamischen fundamentalistischen Landes dargestellt wird, wer erinnert sich noch daran, dass es vor 40 Jahren ein Land mit einer starken säkularen Tradition war, einschließlich einer mächtigen kommunistischen Partei, die dort unabhängig von der Sowjetunion an die Macht gekommen war? Wohin ist diese säkulare Tradition verschwunden?

Man muss die derzeitigen Ereignisse in Tunesien und Ägypten (und Jemen und ... vielleicht, hoffentlich, sogar Saudi-Arabien) unbedingt vor diesem Hintergrund betrachten. Wenn die Situation schließlich so stabilisiert wird, dass das alte Regime mit ein paar liberalen kosmetischen Operationen überlebt, wird dies zu einem unüberwindlichen fundamentalistischen Rückschlag führen. Damit das wichtigste liberale Erbe überlebt, brauchen die Liberalen die brüderliche Hilfe der radikalen Linken. Zurück zu Ägypten: Die schändlichste und eine gefährlich opportuni-

stische Reaktion war die von Tony Blair, wie sie auf CNN berichtet wurde: Veränderung ist notwendig, aber es sollte eine stabile Veränderung sein. Eine stabile Veränderung in Ägypten kann heute nur bedeuten, dass ein Kompromiss mit den Kräften Mubaraks geschlossen wird, indem der Kreis der herrschenden Elite etwas erweitert wird. Deshalb ist über einen friedlichen Übergang zu reden eine Unverschämtheit: Durch die Erdrückung der Opposition hat Mubarak das selbst unmöglich gemacht. Nachdem Mubarak die Armee gegen die Protestierenden schickte, wurden die Möglichkeiten klar. Entweder ein kosmetischer Wechsel mit einigen Veränderungen, aber so, dass alles beim Alten bleibt, oder ein wirklicher Bruch.

**Mubarak nach Den Haag.** Das ist also die Stunde der Wahrheit: Man kann nicht, wie in Algerien vor zehn Jahren, sagen, dass wirklich freie Wahlen zuzulassen gleichbedeutend sei mit einer Machtübergabe an die muslimischen Fundamentalisten. Eine weitere Sorge der Liberalen ist das Fehlen einer organisierten politischen Kraft, die die Macht übernimmt, sollte Mubarak zurücktreten. Natürlich gibt es keine, dafür hat Mubarak gesorgt, indem er jegliche Opposition zu einem marginalen Ornament machte, so dass das Ergebnis wie der berühmte Roman von Agatha Christie lautet, *And Then There Were None* [Und dann gab's keines mehr]. Das Argument für Mubarak – entweder er oder Chaos – ist ein Argument gegen ihn.

Die Scheinheiligkeit der westlichen Liberalen ist atemberaubend: In der Öffentlichkeit unterstützten sie die Demokratie und nun, da die Menschen für säkulare Freiheit und Gerechtigkeit gegen die Tyrannen aufstehen, nicht für Religion, sind alle zutiefst besorgt. Warum Besorgnis und nicht Freude darüber, dass die Freiheit eine Chance erhält? Heute mehr denn je passt Mao Tse Tungs altes Motto: „Unterm Himmel herrscht großes Chaos – die Lage ist ausgezeichnet.“

Wo soll Mubarak also hingehen? Die Antwort ist klar: nach Den Haag. Wenn es einen Staatsführer gibt, der dort hingehört, dann er. ◀

*Der Autor ist ein aus Slowenien stammender Philosoph, Kulturkritiker und nichtpraktizierender lacanianischer Psychoanalytiker. Originalartikel: Why fear the Arab revolutionary spirit? Übersetzt von: Eva-Maria Bach.*

# UNSERE NEUE HOMEPAGE IST DA!

Unter [www.oeh.ac.at](http://www.oeh.ac.at) findet ihr alle Infos rund um euer Studium, die ÖH und Hochschulpolitik.



Österreichische  
HochschülerInnenschaft  
Bundesvertretung

*Politik, die wirkt. Service, das hilft.*



## MENSA for everybody



MITTEN IM LEBEN

Mensa, das österreichweit tätige Gastronomieunternehmen an Universitäten und Fachhochschulen.

- Täglich wechselnde, preisgünstige Mittagsmenüs
- Choice-Mensa-Markt: Stelle dir selbst dein Mittagsmenü zusammen
  - M-Cafés – Treffpunkt für den ganzen Tag
  - Mensa c.d. Catering

Mehr Infos unter:  
[www.mensen.at](http://www.mensen.at)



[www.esl-sprachreisen.at](http://www.esl-sprachreisen.at)

## Unsere Broschüren 2011 sind da.

Bestellen Sie diese kostenlos!



ESL - Wien  
Zieglergasse 3

☎ 01 522 7000  
1070 Wien



**MITSPRACHE  
ABSCHAFFEN  
JETZT!**



**[Die-NichtwählerInnen.at](http://Die-NichtwählerInnen.at)**